DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DER DEMOKALENDER Seite 6

Kanzler für Frieden und Freiheit: Gerhard Schröder (r.) und Gattin stehen heute für Werte ein. Foto: Henning Schlottmann.

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 88 ab Samstag 30 . April 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 88. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

DIE IMPFSCHADEN-LEUGNER | SCHLUSS MIT DEM GENEXPERIMENT!











Fotos: Georgi Belickin, The Lancet, privat

Impfgeschädigte bekommen ein Gesicht Seite 7 | FINANZEXPERTE ERNST WOLFF IM DW-INTERVIEW Seite 9

Immer mehr Leitmedien thematisieren auch die Nebenwirkungen der Genmanipulations-Impfungen. Doch diese versuchen zumeist, die Zuschauer zu einer Injektion zu überreden und täuschen sie über die Nebenwirkungen hinweg oder reden diese klein.

Auf der *Homepage* des *MDR* liest man eine interessante Zahlenakrobatik, die der nicht genannte Autor des Artikels vorführt: »162 Millionen Corona-Impfungen gab es bereits in Deutschland. Und seitdem wurden mehr als 1.200 Anträge auf staatliche Entschädigung wegen vermeintlicher Impfschäden gestellt. Bis Mitte Januar 2022 waren 18 bestätigt und bewilligt, wie die *Neue Osnabrücker Zeitung* berichtet. Die Zahl der bisher bestätigten Fälle entspricht damit 0,00001 Prozent aller Impfungen.« Dieser Autor rechnet also lediglich die von den Ämtern bestätigten Fälle an Impfschäden gegen die absolute Zahl der Gen-Impfungen auf. Wenn man dem Autor ein Minimum an Sachverstand zugesteht, muss man hier sogar von vorsätzlichem Betrug am Leser sprechen. Die 18 bestätigten Fälle von Impfschäden dürfen nicht auf die Gesamtzahl an vergebenen Gen-Impfungen, sondern nur auf die tatsächlich wenigstens einmal »geimpften« Bürger bezogen werden, unabhängig von der Anzahl an Gen-Impfungen pro Person.

Es geht dabei derzeit um 63,8 Millionen Bürger als Bezugsgröße – das verdoppelt schon mal den Anteil der Impfschäden unter den Patienten. Und darüber hinaus ist es vollkommen unseriös, sich auf die anerkannten Impfschäden zu beziehen. Das staatliche System ist darauf ausgelegt, Impfschäden auch entgegen vorhandener Evidenz nicht anzuerkennen. Die anerkannten Impfschäden sind seit den 1970er Jahren kontinuierlich von knapp 200 auf nur 21 im Jahr 1999 gesunken. Dieser Trend hält an! Die auf Medizinrecht spezialisierte Anwältin Beate Bahner schreibt dazu: »Wer Impfschäden erlitten hat, kann den Staat verklagen – als Opfer anerkannt zu werden, gleicht jedoch einem Lotteriegewinn.«

Weiterlesen auf Seite 3

Israelische Vorkämpferin

Der Preis der Republik geht an Avital Livny

LAUDATIO von Jill Sandjaja



Avital Livny ist Mutter, Musicaldarstellerin und mitfühlende Menschenrechtsaktivistin. In ihrem Heimatland Israel begann sie im Juni 2021 Berichte von Impfgeschädigten, die sie interviewte, filmisch zu dokumentieren.

Auf ihrer viel besuchten Internetseite *vaxtestimonies.org* veröffentlichte sie die ersten 40 Interviews, die sie kompakt zu einem Dokumentarfilm zusammengeschnitten hatte. Bis heute interviewt sie unermüdlich Menschen auf der ganzen Welt, die an den Folgen der Covid-19-»Impfung« leiden.

Mittlerweile ist der Film und die fortlaufende Dokumentation in 17 Sprachen übersetzt worden. Durch ihre Arbeit werden nicht nur bestimmte Muster der Impfnebenwirkungen offensichtlich, sondern sie wird auch künftig als Beweismittel für die Aufarbeitung der Corona-Verbrechen an den Menschen dienen können.

Avital Livny verdient für ihre Aufklärungsarbeit und Initiative den höchsten Respekt der internationalen Demokratiebewegung.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Avital Livny. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen.

Wir



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

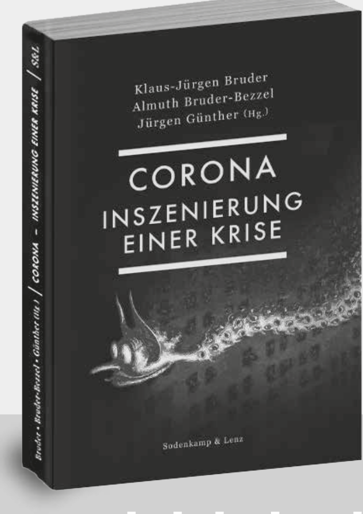
Liebe Leser,

seit dem Beginn der Spritzenkampagne werden die Wirkungen der Gentherapie vertuscht. Dabei sprechen selbst die unvollständigen offiziellen Daten seit einem Jahr eine klare Sprache:

Die Corona-Spritzen sind ein Verbrechen gegen die Menschheit.

Beenden wir endlich diese Kampagne und ziehen die Verantwortlichen zur Rechenschaft. ♡-lich

Sodenkamp [Unterschrift]



Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel, Jürgen Günther (Hg.)
»CORONA – Inszenierung einer Krise«

S & L Berlin, Mai 2022, 496 Seiten, 28 Euro.

Zu bestellen via demokratischerwiderstand.de und im unterstützenswerten einzelnen Buchhandel.

Morgenluft

EINWURF *von Werner Köhne*

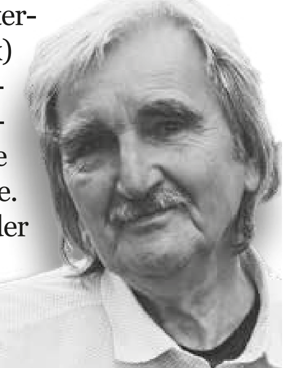
Manche Menschen funktionieren überhaupt nur noch im Krisenmodus: Wer wüsste das besser als die, die das Corona-Management seit mehr als zwei Jahren bestreiten.

Dass aber so das Leben verloren geht, ist der Physiognomie des Herrn Lauterbach und neuerdings auch der umtriebigen Außenministerin abzulesen – oder dem sprichwörtlichen Nachbarn, der allwöchentlich mit einem Bunsenbrenner dem Grünzeug zwischen den Steinplatten vor seinem Haus den Garaus macht. Krise ist Krise – und die muss man pflegen kraft des Vorsatzes, sie zu lösen. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die Paradoxien der späten Moderne: Man setzt auf Wahrheit, aber zersetzt sie; will der Kommunikation eines Jürgen Habermas folgen, aber landet in einem linguistischen Gender-Vexierspiel: Ja, und die Moral? – Die entpuppt zeigt sich noch deutlicher als zu Nietzsches Zeiten als Moral für Sklaven.

»Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch«, vermutete einst Hölderlin. Gilt das nun auch für uns? Nach dem vorläufigen Aus für die »Impfpflicht« und den hysterischen Ausschlägen des Zeitgeistes: Dürfen wir Morgenluft wittern? Gibt es endlich ein Aufmucken des zuvor kastrierten Journalismus, eine Renaissance von nicht zu bestreitbaren Wahrheiten; eine Moral von »Jenseits von Gut und Böse«?

Verhalten klingen zunächst vereinzelte Stimmen, die nun – wie zuletzt im Rubikon – auf die Rückkehr der Vernunft hoffen? Ich will nicht von Vorsicht sprechen, die mir bei diesen Erwartungen geboten scheint, wohl aber von untergründigen Prozessen, die mehr an den Tag bringen als den Eintausch falscher Politik gegen eine andere, richtigere.

Der 70-Jährige Antisystemiker in mir regt sich und meldet Zweifel an angesichts dessen, was sich weiterhin vollzieht: spürbare Deformationen, die so schnell kein Forum zulassen, auf dem unsere res publica basisdemokratisch verhandelt wird. Das Schlimmste, hoffentlich Nie Eintretende wäre, wenn sich zuletzt ein Widerstand in eine Personen-zentrierte Aristokratie auflösen würde, die irgendwann mit den »Charaktermasken« (Marx) auf der Systemseite die alten Flur- und Sinngespräche wieder aufnähme. Davor hüte uns der »Allmächtige«.



FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | Von Markus Fiedler

DIE IMPFSCHADEN-LEUGNER

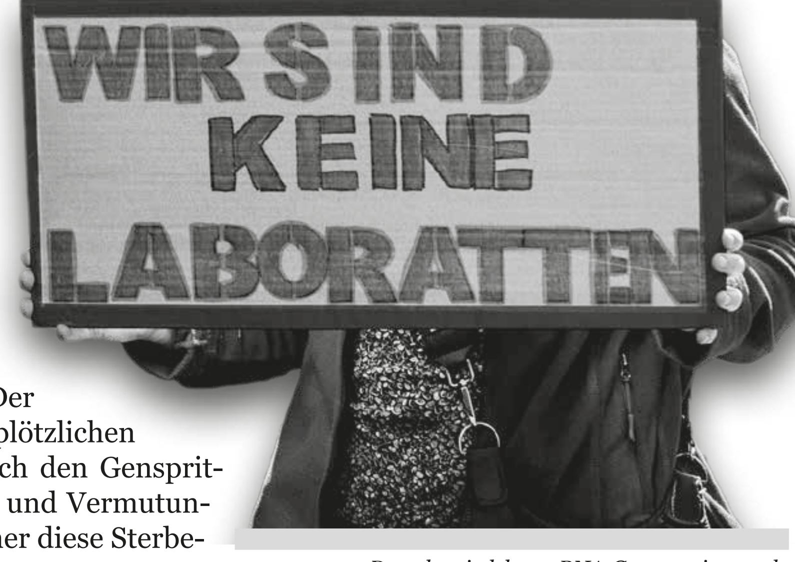
Schaut man sich die tatsächlich gemeldeten Impfschäden an, so bewegen wir uns bezüglich Deutschland bei gemeldeten Fallzahlen von 247.582 Fällen mit Verdacht auf Impfschäden. Und das sind tatsächlich 0,388 Prozent aller Fälle. Anders gesagt meldet etwa jeder 300ste Patient einen Impfschaden. Und das ist sehr, sehr viel! Wir reden hier von ehemals gesunden Menschen, denen ohne persönliche Not ein Schaden zugefügt wurde.

Jetzt könnte man argumentieren, dass das ja nur Verdachtsfälle sind. Die Frage ist aber eher, wie viele Fälle werden nicht gemeldet. Und dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Die konservativste Schätzung liegt bei einer Dunkelziffer, die in etwa fünf bis zehn Mal höher liegt, als die Schadensmeldungen. Wir reden also von potentiellen Gen-Impfungsopfern in der Größenordnung von etwa ein bis zwei Millionen Menschen und das alleine in Deutschland.

Europaweit wurden von 1,7 Millionen Geschädigten Nebenwirkungen der Impfungen gemeldet. Die Dunkelziffer sollte da auch um ein vielfaches höher liegen. Selbstverständlich sind das alles nur sogenannte »Verdachtsfälle«, aber das ist kein Grund hier zu behaupten, dass diese Patienten alle nur eine Krankheit simulierten. Statt die Bevölkerung über die tatsächlichen Risiken aufzuklären, posaunen die großen Medien hingegen Behauptungen in den Raum, die von Anfang an zweifelhaft waren und sich letzten Endes dann auch wirklich als falsch herausstellen.

Zum Beispiel sollten die Gen-Impfungen vor dem Long-Covid-Erschöpfungssyndrom schützen. Nach den neuesten Daten sieht es aber danach aus, dass Impfungen erst Long-Covid auslösen und nicht verhindern.

Außerdem gibt es massenweise Todesfälle insbesondere unter Profisportlern, die »plötzlich und unerwartet« ableben. Man weiß einfach nicht, woran sie gestorben sind, oder will man es nur nicht wissen? Seit dem 1. Januar 2021 sind bisher rund 600 Fälle diesbezüglich bekannt geworden. Der rasante Anstieg der plötzlichen Sterbefälle gleich nach den Genspritzen lässt aufhorchen und Vermutungen laut werden, woher diese Sterbefälle kommen.



Demokratin lehnt mRNA-Genexperiment ab.
Foto: Sandra Doornbos

KRANKHEITSFÄLLE EXPLODIEREN

Aus einer fünfstündigen Anhörung vom Anwalt Thomas Renz aus Ohio mit Senator Ron Johnson wurden Daten aus den medizinischen Abrechnungsdaten des Verteidigungsministeriums aus der Defense Medical Epidemiology Database (DMED) bekannt. Diese ergaben eine massive Zunahme von gemeldeten Krankheiten nach Beginn der Corona-Gen-Impfungen: Myokardinfarkt - Anstieg um 269 Prozent, Bell'sche Lähmung – Anstieg um 291 Prozent, angeborene Fehlbildungen (bei Kindern von Militärangehörigen) – Anstieg um 156 Prozent, Unfruchtbarkeit bei Frauen – Anstieg um 471 Prozent, Lungenembolien - Anstieg um 467 Prozent.

Diese Zahlen sind noch nicht überprüft. Sollte sich die Echtheit der Zahlen bestätigen, dann wäre das ein weiteres vernichtendes Zeugnis für die angeblich so wirkungsvollen Corona-Impfungen.

Das investigative »Project Veritas« berichtete, dass der CEO von Astrazeneca schon vor dem Start der Gen-Impfungskampagne über zahlreiche Nebenwirkungen Bescheid wusste und in einem internen Meeting auf diese verwiesen habe. Der US-Gesundheitsminister Xavier Becerra teilte gar in einer Videokonferenz mit, dass bekannt sei, dass die Gen-Impfungen Schwarze, Latinos und »native Americans« (indigene Stämme) etwa zwei mal häufiger töteten als die weiße Bevölkerung in den USA.

IMPFUNG ALS EUGENIK-PROJEKT?

Es gab schon einmal einen aufgedeckten Fall von Impfnebenwirkungen bezüglich der ethnischen Abstammung der Impflinge. Die Dokumentation »Vaxxed« berichtet ab Minute 43 darüber, dass die amerikanische Gesundheitsbehörde CDC bezüglich MMR-Impfungen systematisch Untersuchungsdaten verschleiert habe.

Ist die Schädigung von »Nicht-Ariern« Absicht oder reiner Zufall? Bedenken Sie hierzu, dass besonders Großbritannien und die USA über ein gut vernetztes Eugeniker-Netzwerk verfügen.

Die Medizinrechtlerin Beate Bahner schreibt: »Allerdings kann eine (eventuelle) finanzielle Entschädigung für eine möglicherweise lebenslange gesundheitliche Beeinträchtigung [durch Impfschäden] niemals den tatsächlichen Schaden und den Schmerz der Betroffenen lindern. Denn Gesundheit ist das höchste Gut — sie ist durch nichts aufzuwiegen, und ganz sicherlich nicht durch eine kleine Rentenzahlung und die Übernahme der Behandlungskosten.«

Überlegen Sie sich also ganz genau, wem Sie Ihr Leben anvertrauen, Sie haben nur eines.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG

BERLIN GEGEN BRANDENBURG

Berlin/DW. Gegen den bekannten Kritiker der Corona-Maßnahmen, den Arzt Paul Brandenburg ermittelt der Staatsschutz. Dies teilte Brandenburg am 24. April 2022 über die sozialen Netzwerke mit. Laut seiner Aussage habe er zum Wochenende Briefe erhalten, worin man im vorwarf, den Staat zu delegitimieren und dessen Vertreter verächtlich zu machen, womit er zur Gewalt aufriefe. Brandenburg widerspricht dem Vorwurf der Gewalt und beruft sich für seine Äußerungen auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung.

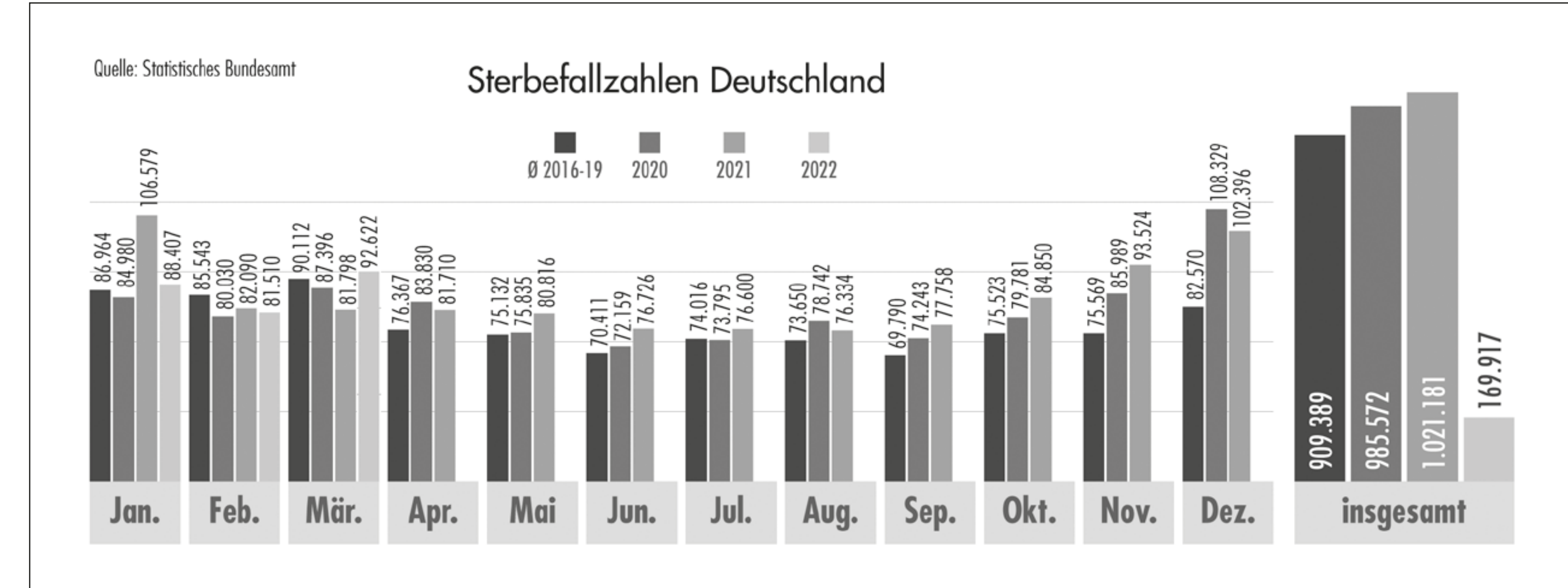
Der Arzt Brandenburg trat als oppositioneller liberaler Arzt seit Mitte 2020 öffentlich gegen die Corona-Maßnahmen an die Öffentlichkeit. In den vergangenen Monaten geht die Bundesregierung verstärkt gegen ihre Kritiker im Inneren vor. (hes)

DAS WEISSE HAUS LÄDT ZUM CORONA-GIPFEL

Berlin/DW. Der US-Präsident Joe Biden lädt laut Meldungen zu einem digitalen Corona-Gipfel ein. Dieser soll am 12. Mai 2022 starten.

Das Treffen soll mitgeleitet werden von der BRD, als derzeitigem Vorsitzenden der G7, Indonesien, Vorsitz G20, dem Senegal, Vorsitz Afrikanische Union, und Belize für die Karibischen Inseln. Inhaltlich soll es um die Impfung aller Menschen der Welt gehen, die »Aufrechterhaltung eines Gefühls des Notstands« und die Schaffung einer verbesserten Infrastruktur für neue ausgerufene Pandemien.

Es ist das zweite durch das Weiße Haus initiierte Treffen dieser Art. Beim ersten im September 2021 rief Joe Biden dazu auf, innerhalb eines Jahres 70 Prozent der Weltbevölkerung zu impfen. Kurz darauf verkündete der designierte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) den Plan, einen allgemeinen Impfzwang einführen zu wollen. (hes)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Es brodelt nicht nur in der Ukraine

Sondern auch woanders. Doch das interessiert niemanden. | Von Hermann Ploppa

Wir leben tatsächlich in einer extrem vernetzten Welt. Beim Wettergeschehen sagt man ja in der Chaostheorie, dass der Flügelschlag eines Schmetterlings in Tokyo in letzter Konsequenz einen Orkan in Westeuropa auslösen kann. In der Weltpolitik ist es nicht anders. Wobei wir besser gleich von Geopolitik sprechen können.

Geopolitik heißt in die Realität übersetzt: Wo befinden sich wertvolle Schätze, und wie kann man diese Schätze den rechtmäßigen Besitzern wegnehmen? Oder wie kann man genau diesen Diebstahl verhindern? So befanden sich die Ölvorräte der Arabischen Halbinsel bis vor kurzem im Griff der westlichen Wertegemeinschaft. Um diese Ausbeutung abzusichern, gab und gibt es in der Region blutige Kriege, damit der Bodenreichtum möglichst nicht den Leuten zugutekommt, die auf diesen Schätzen ihre Füße bewegen.

Geopolitik spielt natürlich auch eine entscheidende Rolle beim Ukraine-Krieg. Die westliche Wertegemeinschaft hat schon seit über 100 Jahren ein begehrliches Auge auf die eurasische Kontinentalplatte geworfen. Leider leben dort ja sehr eigensinnige Völker wie die Russen und die Chinesen, die man kaum mal eben so einfach niederwerfen kann wie dereinst Saddam Hussein. Nun hat sich die Nato seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion bis auf wenige hundert Kilometer an Moskau herangepirscht. Jetzt wagt Putin das Vabanque-Spiel, mit militärischen Mitteln die Nato-Grenze gewaltsam wieder um einige h undert Kilometer nach Westen zurückzuschieben.

RÜCKSCHLAG FÜR RUSSLAND

Zunächst bestand die Strategie Russlands darin, zum einen die russischsprachige Osthälfte der Ukraine unter ihre Kontrolle zu bekommen. Und zum anderen durch einen schnellen Vormarsch auf die ukrainische Hauptstadt Kiew die Zentralregierung zu entmachten und sodann mit einer neu zu installierenden ukrainischen Zentralregierung eine friedliche Koexistenz führen zu können. Es ging also darum, die faschistische Junta, die im Fortgang des Maidan-Putsches die Macht bis heute an sich gerissen hat, zu entfernen. Doch die Offensive auf Kiew scheiterte auf der ganzen Linie.

Das Nazi-Regime erwies sich als besser verankert und vernetzt als angenommen. Zudem hatten die ukrainischen Verbände aus den Fehlern vergangener Zeiten gelernt und waren taktisch erheblich besser aufgestellt als noch 2014 bei der Krim-Krise. Unter schwersten Verlusten zogen sich die Russen aus dem Großraum Kiew zurück, wobei eben auch die durch das Massaker bekannte Vorstadt Butscha geräumt wurde. Jetzt sind fast alle aktiven russischen Verbände östlich des Dnjepr-Flusses versammelt, um die russisch geprägten Regionen einzuhegen.

Im Schwarzen Meer wurde das Flaggschiff der dortigen russischen Kriegsflotte »Moskau« versenkt. Wesentlich zum Erfolg dieser Versenkung haben Aufklärungssysteme der Nato in Rumänien und Bulgarien beigetragen. Um es deutlich und unmissverständlich zu sagen: Die Nato führt bereits jetzt mehr oder minder offen einen direkten Krieg gegen Russland. Jetzt stellen zudem Schweden und Finnland im Sommer einen Antrag auf Aufnahme in die Nato. Damit wird die russische Militäroperation zum Anlass genommen, die schon seit Jahrzehnten existierende enge Kooperation der beiden skandinavischen Staaten mit dem westlichen Militärbündnis auch ganz ungeniert auszuleben.

POLITISCHES KALKÜL IM MULTIPOLAREN MACHTGEFÜGE

Die Türkei hat wiederum eine sehr lange Küste am Schwarzen Meer. Wenn der Ukraine-Krieg immer noch mehr Staaten in seinen Todesstrudel reinreißt, könnte das auch die Türkei betreffen. Die türkische Regierung unternimmt alles, um diesen Brandherd möglichst rasch zu löschen. Präsident Erdogan lud die Regierungen der Ukraine und Russlands zu Friedensverhandlungen ein, die immerhin schon den russischen Rückzug aus Kiew zur Folge hatten. Zudem sperrt die Türkei den Bosporus. Also den engen Zugang vom Mittelmeer zum Schwarzen Meer für Kriegsschiffe aller Kombattanten, also für Nato und Russland. Dazu ist die Türkei gemäß dem Vertrag von Montreux von 1936 ermächtigt.

Zum anderen gestattet die Türkei der russischen Luftwaffe nicht länger, die Türkei auf dem Weg nach Syrien zu überfliegen. Die Russen ziehen jetzt Militärkräfte aus Syrien über Irak und Iran ab, um sie im Ukraine-Krieg einzusetzen. Apropos Irak: Während die westliche Wertegemeinschaft Purzelbäume schlägt in ihrer künstlichen Aufregung über den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine, hat die Türkei mal eben in aller Stille völkerrechtswidrig den Norden des Iraks überfallen. Mit Bombern, Panzern und Killerdrohnen gehen die türkischen Streitkräfte gegen die kurdischen Freischärler der PKK vor. Diesmal: peinliches Schweigen der westlichen Wertegemeinschaft.

Ein noch viel peinlicheres Schweigen zum Völkermord im Jemen. Dieser Stellvertreterkrieg der westlichen Wertegemeinschaft gegen die iranische Koalition des Widerstands treibt die unbeteiligte Zivilgesellschaft des Jemen in den blanken Hungertod. Dieser Krieg ist auch schon in der Phase der Desorganisation. Es gibt unzählige Kriegsherren, die ihren Profit ziehen aus dem Terror. Ein Kriegsziel wird gar nicht mehr klar definiert. Für die Weltmächte ist nur wichtig, dass der Golf von Aden für Schiffe der eigenen Fraktion passierbar bleibt. Deshalb wird gerade ein neuer Bürgerkrieg auf der anderen Seite der Meerenge von Aden angebahnt. Äthiopien und Eritrea steuern auf einen neuen Krieg zu, der der westlichen Wertegemeinschaft nicht ganz unwillkommen zu sein scheint. Weiter östlich hätte es vor kurzem beinahe einen engen Schulterschluss zwischen Pakistan und Indien gegeben. Ein Albtraum für den Westen. Aus der einstigen britischen Kronkolonie Hindustan wurden nach der Entlassung in die Unabhängigkeit zwei antagonistische Gegner geschmiedet. Hass wurde zwischen Moslems und Hindus geschürt, um nach religiösen »Säuberungen« die verfeindeten Staaten Pakistan und Indien zu schaffen. Teile und herrsche. Und nun erklärte Indiens Regierungschef Modi, dass er sich den Sanktionen gegen Russland nicht anschließen werde. Ihm schloss sich der pakistanische Regierungschef Imran Khan an. Khan lobte Modi ausdrücklich für seine Absage an Akte des westlichen Wirtschaftskriegs gegen Russland. Auch Pakistan, traditionell eher mit den USA und China verbandelt, näherte sich Russland an. Kaum hatte nun Khan in Moskau einen Kooperationsvertrag mit Putin über den Bau einer Erdgaspipeline abgeschlossen, da stieg plötzlich eine Partei aus Khans Regierungskoalition aus. Khan verlor ein Misstrauensvotum im pakistanischen Parlament und war entmachtet. Ähnlich wie früher bei Hugo Chavez in Venezuela strömten jetzt Millionen von einfachen Pakistanern in die Städte, um gegen den Putsch zu protestieren.

So hängen scheinbar entfernt voneinander stattfindende Ereignisse im innersten Kern eng zusammen. Wir werden noch sehen, wie es damit in anderen Regionen dieser Erde aussieht.

Wie er lernte die Bombe zu lieben: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan startete im Windschatten des Ukraine-Krieges einen Krieg gegen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Collage: DW/ Jill Sandjaja



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

QUERFRONT FÜR WAFFENLIEFERUNG

Berlin/DW. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag gab am Mittwoch bekannt, sich mit SPD, Bündnisgrünen und FDP auf ein Gesetz für die Lieferung schwerer Waffen aus der BRD in das Kriegsland Ukraine geeinigt zu haben. Zudem wolle man mit den Stimmen der »schwarz-rot-grün-gelben« Querfront eine Grundgesetzänderung beschließen, um das BRD-Militär mit 100 Milliarden Euro aus Steuermitteln aufzurüsten. Die US-Besatzungsstaat fordert seit Jahren von der BRD Waffen-, Öl- und »Fracking«-Gaskäufe in den USA zu tätigen, um deren Zahlungsunfähigkeit hinauszuzögern. (ale)

EU-ZENSURSTELLE WIRD GESCHAFFEN

Brüssel/DW. EU will zentral Internetseiten schließen und Inhalte löschen. Laut Nachrichtenportal heise veröffentlichten die EU-Gesetzgebungsgremien am 23. April 2022 einen Gesetzesentwurf, den sogenannten Digital-Dienst-Pakt (DSA), welcher die Zensur auf europäischer Ebene einrichten soll. Das EU-Parlament muss dem Vorschlag nur noch formal zustimmen. Mit dem Gesetz können Behörden aller Art an Seiten-Provider und an Betreiber sozialer Netzwerke Anordnungen schicken, welche dann zur sofortigen Sperrung von Inhalten führen. Die Regelung betrifft vorgeblich illegale Inhalte, aber auch »Desinformation«. Vom Journalisten-Verband DJV kam massiver Widerspruch. (hes)

Musk Have der Stunde: Twitter!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann



Ist Karl Lauterbach das nächste Bauernopfer?
Foto: Georgi Belickin

Nach zwei Wochen Urlaub im Ausland und selbstauferlegter digitaler Abstinenz, erscheint das untergehende rot-grüne Solidaritäts-Deutschland verrückter als je zuvor. Lauterbach ist noch immer Gesundheitsminister, Biontech bestätigt offiziell Verschwörungstheorien und die deutsche woke Twitter-Bubble läuft Amok.

Während Biontech vor der US-Börsenaufsicht SEC (United States Securities and Exchange Commission) kürzlich die Hosen herunterließ und offenbarte, dass der eigene Impfstoff gegen Covid-19 aufgrund von Nebenwirkungen und mangelnder Wirksamkeit dauerhafte Marktzulassungen verpassen könnte, puscht Pharmalobbyist und Gesundheitsminister (!) Karl Lauterbach (SPD) die vierte Impfung mit eben jenem. So schreibt er Ende April auf dem Nachrichtendienst Twitter: »Risikopatienten und Menschen ab 70 empfehle ich daher wie die Stiko die vierte Impfung.« Natürlich nehmen die gängigen PR-Gazetten das Thema bereitwillig auf, und so fragt der Fokus keck: »Der *Booster*-Effekt durch die Auffrischungsdosis mit dem Biontech-Impfstoff sinkt schon nach drei Monaten. Sollte ich mich jetzt doch noch einmal viertimpfen lassen?« Aber klar, immer rein damit, lautet die frei interpretierte und offensichtlich schlecht recherchierte Antwort. Ansonsten wäre wohl der ein oder andere zitierte Experte über das Zitat von Biontech selbst gestolpert. So schreibt der Konzern gegenüber der SEC: »Wir könnten nicht in der Lage sein, eine ausreichende Wirksamkeit oder Sicherheit unseres Covid-19-Impfstoffs und/oder variantenspezifischer Formulierungen nachzuweisen, um eine dauerhafte behördliche Zulassung in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Europäischen Union oder anderen Ländern zu erlangen, in denen der Impfstoff für den Notfalleinsatz zugelassen oder eine bedingte Marktzulassung erteilt wurde.« Selbst auf die Nebenwirkungen weist Biontech hin und erklärt, dass in klinischen Studien oder sogar nach Erhalt der behördlichen Zulassung schwerwiegende unerwünschte Ereignisse auftreten könnten.

BIONTECH OFFENBART PROBLEME BEIM IMPFSTOFF

Außerdem sei die Dauerhaftigkeit der Immunreaktion in klinischen Studien noch nicht nachgewiesen. Biontech könne daher nicht garantieren, dass neu entdeckte oder entwickelte Sicherheitsprobleme auftreten würden. Die Zusammenfassung gegenüber den Aktionären klingt nüchtern: »Die nachträgliche Entdeckung zuvor unerkannter Probleme könnte den kommerziellen Verkauf des Produkts negativ beeinflussen, zu Einschränkungen des Produkts oder dazu führen, dass das Produkt vom Markt genommen wird.« Bei diesen Eingeständnissen glüht so mancher Alu-Hut! Und während in Deutschland alternative Plattformen und kritische Beiträge zum Impfwahn weiterhin gelöscht werden, kauft ein weißer Südafrikaner, Elon Musk, den amerikanischen Nachrichtendienst Twitter.

ELON MUSK KAUFT TWITTER, DIE WOKEN DREHEN FREI

Ob es mehr Meinungsfreiheit durch diesen Austausch geben wird, steht in den Sternen. Musk selbst schrieb kurz nach Bekanntgabe: »Ich hoffe, dass sogar meine schlimmsten Kritiker auf Twitter bleiben, denn das bedeutet Meinungsfreiheit.« (Übersetung). Grundsätzlich sollten Medienplattformen wirklich unabhängig sein und nicht von einzelnen Superreichen gesteuert werden. Das Interessante bei dieser Übernahme ist allerdings die Reaktion der vermeintlich progressiven *Woken* (»Erwachten«), die, wie wir ja wissen, Freiheit nur für sich proklamieren und nicht für die anderen. Die Angst, Elon Musk könne tatsächlich wieder so etwas wie »Freedom of Speech« (Redefreiheit) auf der zensurgeplagten Plattform Twitter einführen, scheint vielen Angst zu machen. So schreibt Jan Böhmermann, der fleischgewordene *woke* Durchschnittsdeutsche und Steigbügelhalter des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) auf Twitter: »Hä? Wieso gehört am Ende immer alles reichen Wichsern, die machen können, was sie wollen?« Ihm antwortet ein anderer Nutzer: »Das Vermögen von Jan Böhmermann wird auf circa fünf Millionen Euro geschätzt. Schon echt kacke, wenn reiche Wichser im ÖRR Schwachsinn labern dürfen.« Dumm gelaufen, Jan.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Das Rückspiel

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

In dieser Woche war es soweit: Das »Rückspiel« zu meinem »verschossenen Elfmeter« vor dem Amtsgericht Krefeld stand an – die Berufung vor dem Landgericht.

Zur Erinnerung: Ein Versammlungsleiter soll gegen die Auflage, ein Mikrofon vor der Weitergabe zu desinfizieren, verstoßen haben. In der ersten Instanz gab es ein Klatsche, die beim Lesen des schriftlichen Urteils jedem einigermaßen talentierten Strafverteidiger die (Fremd-)Schamröte ins Gesicht schießen lassen musste: Da wurde einfach mal die Prüfung, ob der Mandant vorsätzlich gehandelt hatte, weggelassen, obwohl sich gerade hier ein Problem zugunsten des Mandanten geradezu aufdrängte. Er hatte nämlich sehr wohl – entgegen der mutmaßlichen Falschaussage eines Polizeibeamten – mit einem Alkoholtuch das Mikrofon desinfiziert. Dies zeigten Videoaufnahmen eindeutig. Hierdurch brachte er seinen Willen, die verauflagte Desinfektion vornehmen zu wollen, für den geneigten objektiven Beobachter klar zum Ausdruck. Dennoch zeigte sich seinerzeit im Oktober 2021 die Richterin am AG gnadenlos und verurteilte den Mandanten zu einer Geldstrafe wegen des Verstoßes gegen § 25 Nr. 2 VersG.

Also versuchten wir, den Elfmeter nun vor dem Landgericht zu versenken. Und scheiterten erneut krachend! Abermals war die Begründung des Gerichts geradezu abenteuerlich: Der hatte er Mandant ausgesagt, die Versammlungen, die er als Leiter durchführte, auf jeden Fall durchführen zu wollen und besonderen Wert auf die Einhaltung der Auflagen zu legen. Er hätte aber den »Fehler« gemacht, lediglich den Kopf aber nicht den Griff des Mikrofon zu desinfizieren. Und da er ja so genau sein wollte, wertete die Richterin diesen »Fehler« nicht als »Schusseligkeit« – was Fahrlässigkeit und keine Strafbarkeit bedeuten würde – sondern als vorsätzliches Handeln. Ein erneuter Irrsinn, denn habe ich vor jenem AG in Krefeld noch vor einigen Monaten für eine Mandantin in fast einem identischen Sachverhalt eben wegen jener Schusseligkeit einen Freispruch erwirkt.

Leider verfestigt sich hier einmal mehr der Eindruck, dass Maßnahmenkritiker mit aller Macht zu Straftätern gemacht werden sollen und der Grundsatz »in dubio pro reo« für diese Gruppe von Angeklagten immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird.



FREIHEIT IN EUROPA?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Ich war kürzlich in Dänemark und Schweden auf internationalen Meetings. Natürlich ging es dabei auch um Corona, aber nur noch nebenbei. Die Corona-Krise ist nur ein Mittel, dessen sich die globalen Oligarchen bedienen, um einen großen zu ihren Gunsten durchzuführen.

Man kann die Menschen nicht nur mit der Angst vor Viren oder staatlichen Zwangsmaßnahmen kontrollieren, welche angeblich dafür eingesetzt werden, eine Krise unter Kontrolle zu bekommen. Die Krisen sind austauschbar. Was gestern Corona war, kann heute der Ukraine-Krieg und morgen eine Klimakrise sein. Wichtig ist nur, die Menschen müssen in Angst gehalten werden, sonst funktioniert die Kontrolle von oben nicht.

Das Fehlen von Corona-Maßnahmen allein reicht also nicht aus, um das Freiheitsniveau einer Gesellschaft zu definieren. Wenn man nur die Corona-Maßnahmen isoliert betrachtet, dann herrschen in Dänemark und Schweden paradiesische Zustände. Jedenfalls für alle, die in den letzten zwei Jahren Opfer von staatlichen Zwangsmaßnahmen wurden. Egal ob auf dem Bahnhof, im Zug, im Flugzeug, in einem Restaurant oder auf der Straße, Masken sucht man hier im Norden meist vergeblich. Die Menschen zeigen ihr Gesicht, lächeln, haben Spaß, als ob es die Corona-Krise nie gegeben hätte.

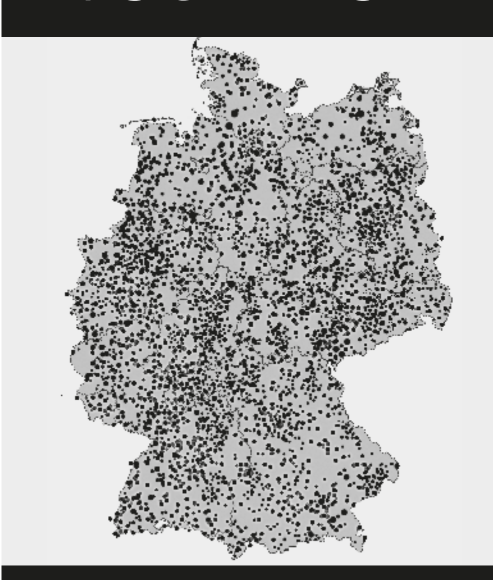
Die Anzahl derer, die aus welchen Gründen auch immer freiwillig eine Maske tragen, ist extrem gering. Je mehr Menschen die Maske ablegen, desto schneller setzt eine Kettenreaktion ein. Es wird dann schwerer für die Politik, wieder eine Maskenpflicht einzuführen. Massenpsychologie funktioniert in beide Richtungen. Wenn eine Mehrheit nicht mitmacht oder nicht mehr mitmachen muss, schließt sich auch der Rest der Bevölkerung weitestgehend an.

Natürlich gibt es gerade in Schweden einiges, dass man kritisieren kann. Die freiwillige Überwachung der Gesellschaft durch die Digitalisierung ist viel weiter fortgeschritten als in Deutschland. Vielleicht sind deshalb weniger Maßnahmen nötig, weil das Volk schon »auf Linie« ist.

Immerhin, beide Länder haben gegen den Euro gestimmt, eine Entscheidung, die sich bald auszahlen wird. Fazit: Freiheit kann man nicht nur an der Abwesenheit von Masken und Testpflichten bemessen. Trotzdem tut diese Normalität gut!

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG

ALTENBURG, 18 Uhr, Brüderkirche – ALTDÖBERN, 19 Uhr, Marktstr.1 – APOLDA, 18.30 Uhr, am Marktplatz – BAD-LIEBENWERDA, 18 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-CHARLOTTENBURG, 18 Uhr, am Schloss Charlottenburg – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter II – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche Pankow – DROCHTERSEN, 18 Uhr, am Gemeindehaus – ECKERNFÖRDE, 18 Uhr, auf der Holzbrücke am Hafen – EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – FASSBERG, 18 Uhr, am Platz der Luftbrücke – FILDERSTADT-HARTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEESTHACHT, 18 Uhr, am Rathaus – GLÜCKSBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – GREIFSWALD, 19 Uhr, am Markt – GÖTTINGEN, 18 Uhr, neues Rathaus – HAIGERSLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HEIMERDINGEN, 19 Uhr, am Rathaus – HELGOLAND, 18 Uhr, am Rathaus – HERZOGENAURACH, 19 Uhr, am Marktplatz – ISERLOHN, 17.30 Uhr, am Stadtbahnhof – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÜHBACH, 19 Uhr, am Rathaus – LEICHLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MARQUARTSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – NETTERSHEIM, 18 Uhr, am alten Bahnhof – ORANIENBURG, 18 Uhr, Schlossplatz – TREUENBRIETZEN, 19 Uhr, am Rathaus – WALLMEROD, 18 Uhr, am Rathaus – WESTERNKAPPELN, 18.30 Uhr, am Kirchplatz – ZEITZ, 19 Uhr, am Altmarkt.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

30.4.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
30.4.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
30.4.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug – Impfzwang, nicht mit uns!
30.4.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
30.4.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
30.4.2022 15:30-20 Uhr (jeden Sa)	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon für die Freiheitsrechte
30.4.2022 14-15 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
30.4.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Am Bahnhof	Demo für Frieden und Freiheit
30.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
30.4.2022 15-16 Uhr (jeden Sa, wenn Demo verboten)	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergänger erkennen sich am Grundgesetz
30.4.2022 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
30.4.2022 14:30-18 Uhr (jeden Sa)	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug für ein humanes und aufgeklärtes Miteinander und eine evidenzbasierte Politik
30.4.2022 15:30-18 Uhr (alle zwei Wochen)	Kassel, Königsplatz	Demo – Grundrechte sind nicht verhandelbar
30.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
30.4.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
30.4.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
1.5.2022 13 Uhr	Berlin, Nettelbeckplatz	Pandemie und Krieg ist Profit für die Konzerne
1.5.2022 14-22 Uhr (tgl. bis 8.5.2022)	Berlin, Platz der Republik	Mahnwache für den Rücktritt der Regierung und für Völkerverständigung
1.5.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug – Umzug für die Opfer anhaltender staatlicher Willkür
1.5.2022 15 Uhr	Cottbus, Oberkirchplatz	Zweijähriges Jubiläum- »Bürger für Bürgerrechte«
1.5.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
1.5.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
01.5.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
2.5.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang mit Grundgesetz für die freie Republik
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang gegen den Totalitarismus
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang für die Republik
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus	Spaziergang zum Ende des Corona-Regimes
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang für die Menschenrechte
2.5.2022 18-22 Uhr (jeden Mo)	Bad-Kreuznach, Kornmarkt	Spaziergang für Grundgesetz
2.5.2022 18-10.1.2022 (jeden Mo)	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang gegen die Corona-Auflagen und für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
2.5.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung gegen die Zwangsimpfung
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
2.5.2022 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
2.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin-Karlshorst, Treskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Spaziergang für das Ende des Corona-Regimes
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang für Demokratie, körperliche Unversehrtheit und gegen den Führerkult
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
2.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner Str./Bandhausstraße	Aufzug mit Abschlusskundgebung und offenem Mikro am Festplatz
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Breisach am Rhein, Stadteingangsparkplatz nahe Bahnhof	Montagsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo ab 11.5.2022 jeden Mi)	Bruchsal, Otto-Oppenheimer-Platz	Angemeldeter Spaziergang mit Grundgesetz
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
2.5.2022 17-1 Uhr (jeden Mo)	Darmstadt, Friedensplatz	Mahnwache gegen das Corona-Regime
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Dettingen/Erms, Rathaus	Spaziergang mit Kerzenschein
2.5.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden-Löbtau, Conertplatz	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang für die Republik
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang für Grundrechte
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Erlenbach/Ba-Wü, Rathaus	Spaziergang für Menschenrecht, Republik und Wissenschaft
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Falkensee, Rathaus	Spaziergang gegen Hygienediktatur und Corona-Tyrannei für Grund- und Freiheitsrechte
2.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Görlitz, Postplatz	Versammlung für Grundgesetz und Demokratie
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Greifswald, Mühlentor	Demo für Normalität statt Ausnahmezustand, Nein zur Impfapartheid und für eine offene Gesellschaft
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang für die freie Republik
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Montagsspaziergang
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königswinter/NRW, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Montagsspaziergang
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz	Spaziergang gegen das Corona-Regime
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang mit Grundgesetz, Kerzen und Laternen
2.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
2.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Magdeburg, Domplatz	Montagsdemonstration für das Grundgesetz
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Montagsspaziergang -Gemeinsam gegen Totalitarismus
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang für Demokratie, Gewaltenteilung und Grundrechte
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang gegen das Corona-Regime
2.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Neuenstadt am Kocher, Lindenplatz	Spaziergang zum Sturz der Regierung
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang mit dem Grundgesetz
2.5.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Kornmarkt	Nürnberg bewegt sich
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Öhringen im Hohenlohischen, Alte Sporthalle	Spaziergang für die Republik
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Oettingen, Rathaus	Spaziergang mit Grundgesetz
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
2.5.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mo)	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Montagsspaziergang mit Kerzen und Grundgesetz
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Pforzheim, Marktplatz	Grundgesetzkonformer Spaziergang für die freie Republik
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache gegen Grundrechtsverletzungen, Überwachung und Kriegstreiberei
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
2.5.202218-20 Uhr (jeden Mo)	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang gegen die Zwangsimpfe und für Demokratie auch in Deutschland
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rottweil, Markt	Spaziergang für Grundgesetz, Gesundheit und das Ende des Maßnahmen-Regimes
2.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang für zur Beendigung des Corona-Regimes
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo für freie Impfentscheidung
2.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
2.5.2022 17-19 Uhr (jeden Mo)	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo mit Pfeifen und Trompeten
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang für die Republik, die Freiheit und zivilisierten Umgang
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang für die freie Bundesrepublik
2.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Verfassung
2.5.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die freie Republik
2.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo für das Grundgesetz
2.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Wismar, Markt	Versammlung gegen Zwangsimpfung und für das Ende des Notstands-Regimes
2.5.2022 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Montagsspaziergang gegen die Impfpflicht
2.5.2022 19-21:30 Uhr (jeden Mo)	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung für die Grundrechte
2.5.202218-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
03.5.2022 16:30-18:00 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
03.5.2022 18-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang gegen die Corona-Maßnahmen
03.5.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang für Grundrechte, Gewaltenteilung und die freie Republik
3.5.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang - »Wir gehen nicht mit Euch baden«
3.5.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Vechelde, Rathaus	Spaziergang zum Sturz der Regierung
3.5.2022 19-21 Uhr (jeden Di)	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang gegen das Corona-Regime
4.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang mit Grundgesetz
4.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo gegen die Zwangsmaßnahmen für die Mitarbeiter in medizinischen Einrichtungen
4.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang für die Republik
4.5.2022 17-19 Uhr (jeden Mi)	Landshut, Martinskirche	Andacht für die Republik mit Gesang und Gebet
4.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo für Grundrechte, Republik und die Freiheit
4.5.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf	Shoppen gehen mit Grundgesetz zum Sturz der Regierung
4.5.2022 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
4.5.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mi)	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus	Mittwochsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
05.5.2022 16:00-18 Uhr (jeden Do)	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
05.5.2022 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
05.5.2022 19-21 Uhr (jeden Do)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die Menschenrechte
5.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Do)	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
5.5.2022 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
6.5.2022 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
6.5.2022 18-20 Uhr (jeden Fr)	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo gegen die Corona-Maßnahmen und für die Republik
7.5.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
7.5.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
7.5.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Umzug und Demo gegen den Impfzwang
7.5.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
7.5.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
7.5.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
7.5.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
7.5.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
7.5.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
7.5.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
7.5.2022 15:30-18 Uhr (jeden Sa)	Pforzheim, Marktplatz	Demo für Grundgesetz, Republik und Wissenschaftlichkeit
7.5.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
8.5.2022 14-22 Uhr (tgl. bis 8.5.2022)	Berlin, Platz der Republik	Mahnwache für den Rücktritt der Regierung und für Völkerverständigung
8.5.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug – Umzug für die Opfer anhaltender staatlicher Willkür
8.5.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
8.5.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
8.5.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden 2., 3. und 4. Mo im Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
28.5.2022 15-18 Uhr (jeden letzten Sa im Monat)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Demo für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und eine freie Impfentscheidung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Auch wenn die Datenbanken der europäischen Arzneimittelagentur EMA, des Paul-Ehrlich-Instituts PEI (bis zur Deaktivierung) und der Weltgesundheitsorganisation WHO eine ganz klare Sprache sprechen: In den Medien wird sehr selten von Impfschäden berichtet, sie kommen kaum vor. Impfen wird weiterhin forciert, Nebenwirkungen werden weitestgehend ignoriert.



Eine Mutter fordert öffentlich Gerechtigkeit für ihr Kind. *Foto: Sandra Doornbos*

BIS ZUR IMPFUNG WAREN SIE GESUND

Ein neues Buchprojekt, das Impfopfern ein Gesicht und Kriegsopfern Unterstützung gibt. | Von Andrea Drescher

Betroffene erzählen – meist sogar hinter vorgehaltener Hand – dass sie von Ärzten oft nicht ernst genommen, ja sogar lächerlich gemacht werden. Manch einer »erfährt« von seinem Arzt, dass er »psychische Probleme« habe, weil er seit der Impfung chronisch erschöpft ist. Bei mehrfach Geimpften, die bis dato nicht an Covid erkrankt waren, wird »Long Covid« diagnostiziert, was bei mir doch leichte Verwunderung auslöste. Wenn eine plötzliche Herzschwäche bei einem 30-Jährigen »nichts mit der Impfung zu tun hat« und daher nicht gemeldet wird, kommen sehr starke Zweifel hoch, wie ernst die Ärzte ihren Beruf noch nehmen. Die Patienten werden allein gelassen mit ihren Problemen, was die individuellen Probleme noch weiter verschärft.

AUFKLÄRUNG IN ALLEN MEDIEN

Im Internet gibt es zahlreiche Telegram-Gruppen, wo sich Betroffene zu Wort melden, man findet auch zahlreiche Video-Projekte, die auf das Schicksal dieser Menschen hinweisen. Die Reportage von Servus TV »Im Stich gelassen – die Covid-Impfopfer« (*www.servustv.com*) erschien im Januar 2022 und erreichte bereits Millionen Menschen.

»Bis zur Impfung waren sie gesund« – so soll der Titel des Buches lauten, in dem Menschen mit Schäden nach der Impfung, aber auch deren Angehörige zu Wort kommen. Einige Interviews dazu habe ich bereits geführt und in verschiedenen *Online*-Medien veröffentlicht. Es sollen aber noch deutlich mehr werden, es gilt einige Seiten zu füllen. Diese Interviews sollen zum einen im Internet publiziert, zum anderen zu einem Buch zusammengefasst werden.

Die Schicksale betroffener Menschen tragen dazu bei, andere vor übereilten, unkritischen Schritten in dieser Hinsicht zu warnen. Die Buchform soll dazu dienen, auch Menschen zu erreichen, die nicht im Internet recherchieren oder sich in kritischen Medien informieren. Impfkritische Menschen kaufen das Buch, verschenken es denen, die sie auf die Gefahren hinweisen wollen. Der Ertrag kommt Kriegsopfern zugute. Noch habe ich zwar keinen Verlag. Aber das wird sich ergeben. Auch für das Mutbuch (*www.menschen-mit-mut.eu*) fand sich eine Lösung. Insgesamt 15.000 Euro konnten dank der Leser dieses Buches bereits an Kriegsopfer in der Ukraine überwiesen werden.

Zum Ablauf der Interviews: Wir vereinbaren einen telefonischen Interview-Termin, wir führen das Interview, der Text wird erstellt, der Text wird überprüft, gegebenenfalls korrigiert und vom Gesprächspartner freigegeben. Dann wird der Text lektoriert und anschließend veröffentlicht.



Mit Masken gegängelte Demokratinnen weisen auf den von von der Leyen unterschriebenen Haftungsauschluss für die Pharma-Konzerne hin. *Foto: Sandra Doornbos*

UNTERSTÜTZER FÜR DAS BUCH GESUCHT

Wer das Projekt unterstützen möchte: Gesucht werden Menschen, die als Betroffener, Angehöriger oder auch als (mutiger) Arzt bereit sind, sich interviewen zu lassen und einer Veröffentlichung im oben genannten Rahmen zustimmen. Auf Wunsch kann das Gespräch auch anonym publiziert werden.

Es werden auch Unterstützer gesucht, die selbst solche Interviews geführt haben und einverstanden sind, diese kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Das können auch Video-Interviews sein, wenn der Gesprächspartner mit einer Transkription einverstanden ist.

Geben wir den Opfern ein Gesicht und tragen wir dazu bei zu verhindern, dass es noch mehr Opfer werden. Danke für die Unterstützung.

Wer jemanden kennt, der als Gesprächspartner für ein derartiges Interview bereit ist, bitte Informationen, inklusive Telefonnummer und E-Mail-Adresse, an andrea.drescher@free21.org.



IM LOT BLEIBEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Polizisten im Außendienst wissen generell, dass ein Großteil der Einsätze konfliktbeladen ist. Höflichkeit wird den Beamten von den Adressaten der polizeilichen Maßnahmen eher selten entgegengebracht. Hingegen erwartet man von Polizeibeamten, auch in aufgebrachten Situationen die Contenance zu wahren.

Es hieß, dass wir eine »Pandemie der Ungeimpften« hätten. Der aufmerksame Zuhörer/Leser erkennt darin, dass impffreie Menschen als Form einer länderübergreifenden Seuche bezeichnet werden. Im Volksmund heißt es: »Haben wir das nicht eine Nummer kleiner?«

Der Tiefpunkt aus meiner Sicht war folgende Aussage: »Ich würde es jetzt jedem politisch empfehlen: Klare Kante, klare Richtung. Impfgegner müssen fühlbar Nachteile haben. Die kann man nicht nach Madagaskar verfrachten. Was soll man machen?«

Wem der Gedanke der Verfrachtung von Menschen nach Madagaskar nicht geläufig ist, der möge dieses Stichwort einmal in eine Suchmaschine eingeben. Sprachlosigkeit ist vermutlich die mildeste Form einer Reaktion, wenn man um den geschichtlichen Kontext weiß.

Was bezwecken Menschen, wenn sie derartige Aussagen treffen? Meinen die Kritiker der Impfskeptiker, dass man mit derart drastischen Formulierungen real überzeugt werden kann? Sehen Impfbefürworter sich in einer moralisch überhöhten Position, die Urteile über die Entscheidungen anderer Personen zulassen?

Ist ihnen bewusst, dass sie beispielgebend im schlechten Sinne wirken und so zu einer Erosion der Normen und des gesamtgesellschaftlichen Respekts beitragen?

Zumindest hat jeder von uns die Freiheit, sich an diesen ganzen Unhöflichkeiten nicht zu beteiligen. Wir können aber sehr wohl dem, der sich im Ton vergreift, die Grenzen aufzeigen.

»Zorn ist wie Gift trinken in der Hoffnung, dass es einen anderen umbringt.« (Buddha). Damit ist alles umschrieben, um nicht an der Verrohung der Sitten seinen Anteil zu haben und selber »im Lot zu bleiben«.

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

Drei Kinder – Drei Schulen

oder »Über die Bereitschaft, kalkulierbare Risiken einzugehen« | Von Hannes Henkelmann

In Bielefeld spreche ich mit Uwe, einem Vater (und Elternvertreter) über seinen Umgang mit zum Teil engagierten Lehrern, gestressten Schulleitern, ängstlichen Eltern und leidenden Kindern.

Stellen Sie sich doch bitte vor!
Mein Name ist Uwe, ich bin 44 Jahre alt, Christ und Mediator. Ich wohne im schönen Ostwestfalen, bin seit rund 20 Jahren glücklich verheiratet und Vater von drei schulpflichtigen Kindern, die drei verschiedene Schulen besuchen.

Schildern Sie doch bitte Ihre Erfahrungen mit diesen Lehranstalten.
Nun, es hat mich überrascht, immer wieder herausgefordert und teilweise fassungslos zurückgelassen, wie unterschiedlich die Schulen die Corona-Maßnahmen umgesetzt haben.

Meine älteste Tochter Lara ist 17 Jahre alt und besucht eine weiterführende Schule, an der ich verantwortlicher Elternvertreter bin. Hier konnte ich in den letzten Jahren hinter die Kulissen einer Schule schauen. Ich habe miterlebt, wie die Schulleitung massiv herausgefordert wurde und ständig neue Vorgaben von »oben« umzusetzen hatte. Zudem musste sie starke Differenzen innerhalb der Lehrerschaft aushalten und moderieren, sah sich noch mit dem Unmut von Eltern konfrontiert und hatte den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten, inklusive Distanzunterricht, Hybridunterricht, Quarantänen. Das war hart.

Obwohl ich aufgrund der persönlich erlebten dramatischen Auswirkungen auf die Kinder die Maßnahmen weder zielführend noch als verhältnismäßig ansehe, ist es dennoch meine Aufgabe, als gewählter Vertreter für alle Eltern da zu sein. Dabei lasse ich meine persönliche Wertung der Situation außen vor und versuche mit offenem Ohr die



Uwe geht gerne mit seinem Vater und seinem Bruder spazieren. *Foto: Hannes Henkelmann*

Ängste und Sorgen von Eltern aufzunehmen und wirklich zu verstehen. Es gelang mir, einige Brücken zu bauen und auch unsinnige Maßnahmen anzusprechen, die ohne Fingerspitzengefühl gegen die berechtigten Interessen der Kinder umgesetzt werden sollten.

Dennoch war es rückblickend sehr hart zu sehen, wie Lara und auch ihre Freunde in der Schule massiv unter den angeordneten Maßnahmen litten.

Wie kommt Ihr zweites Kind zurecht?
Tim ist 14 Jahre alt und besucht auch eine weiterführende Schule. Dort bin ich lediglich Vater. Eigentlich schätze ich dort das Miteinander innerhalb der Schule und freue mich über den engagierten Unterricht vieler Lehrer. Doch in der Corona-Zeit wurde ich überrascht. Ich konnte teilweise nur ohnmächtig und fassungslos mit ansehen, wie Corona-Maßnahmen, bei denen es durchaus Umsetzungsspielräume gab, immer stärker ohne Rücksicht auf die Ängste, Sorgen und Bedürfnisse der Kinder umgesetzt wurden. So hat ein Lehrer Kinder namentlich notiert, die in Zeiten ohne Maskenpflicht von diesem Recht an ihrem Sitzplatz Gebrauch machten. Solche Situationen haben die Kinder nachhaltig geprägt und verunsichert.

Tim ist in der Folge mit Angst zur Schule gegangen. Daher war uns als Eltern wichtig, ihm Sicherheit zu geben, ihn zu ermutigen und darin zu bestärken, die eigenen Bedürfnisse ernst zu nehmen und dafür einzutreten. Er lernt seitdem, zwischen berechtigten Wünschen anderer und übergriffigen Forderungen sensibel zu unterscheiden. Außerdem hat er sich mit ein paar Freunden zusammengetan, die mutig die formelle Maskenfreiheit an der Schule auch gegen Widerstände umsetzen.

Wie geht es Ihrem jüngsten Kind?
Theo ist acht Jahre alt und geht noch zur Grundschule. Auch dort bin ich nur Vater, habe aber erlebt, wie im Rahmen der Möglichkeiten nach kreativen Lösungen gesucht wurde, um die Situation für die Kinder so angenehm wie möglich zu gestalten. Hier wurde durch den Klassenlehrer eindeutig Wert darauf gelegt, die Interessen der Kinder in den Blick zu nehmen.

Das merkt man auch den Kindern an. Offensichtlich ist die persönliche und gesunde Entwicklung der Kinder vom Mut der einzelnen Erwachsenen und deren Bereitschaft abhängig, kalkulierbare Risiken einzugehen, Eigenverantwortung zu stärken und Lösungen zu finden.

Theo geht nach wie vor unbeschwert und gerne zur Schule. Er profitiert eindeutig davon, dass ein Lehrer die Bedürfnisse der Kinder über seine eigenen gestellt hat.

Was wünschen Sie sich für alle Schulkinder in Deutschland?
Mutige Lehrer, die den Kindern wieder Wege in die Normalität bahnen. Dazu gehören: ein Ende der Tests in der Schule, Händewaschen nur bei Bedarf, ein Verschwinden der Masken aus der Schule und einen maßnahmenfreien, fröhlichen Schulalltag.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

WORTWAHL

Ich lese, liebe und empfehle die Zeitung. Aber von zwei Vokabeln wird mir regelmäßig schlecht: Impfzwang und Niederschluss. Komposita mit »Zwang« sind psychische Krankheiten. Dabei wird mit einer äußeren Ersatzhandlung innerer Druck so lange kompensiert, bis die Lösung zum Problem wird. Beliebte Beispiele sind Putzzwang und Waschzwang. Die Wortneuschöpfung »Niederschluss« ist der unnötige Versuch, Lockdown zu übersetzen.

Dabei gibt es dafür schon vor Corona eine Übersetzung: Einschluss! Gemeint ist der Vorgang, wenn im Gefängnis alle Zellentüren verschlossen und die Lichter gelöscht werden – Feierabend im Knast! Das meint Lockdown und dessen sollten wir uns auch alle bewusst bleiben. Mit demokratischen Grüßen
– Stefan K.

NEUES JAHRESRÜCKBLICK-MAGAZIN

Den aktuellen Jahresrückblick halte ich gerade in Händen. MEGA! Tausend Dank an Euch alle.
– Christopher

ZU »EIN SIEG! UND JETZT?« IN DW N° 87

In dem Artikel heißt es: »Am Samstag, den 20. August 2022 ist der 75. Jahrestag des Nürnberger Kodex. Diesen Tag werden wir gebührend in Nürnberg feiern.« Da will ich gerne mitfeiern!

Mit den Worten »Mut zur Verschnaufpause«, »Pausieren? – Ja. Nachlassen? – Nein!«, »Strukturen festigen und ausbauen« sprechen mir die Verfasser aus dem Herzen. Ich wünsche Euch weiterhin viel Kraft und Gottes Segen!
– Alexander R., Bochum

ZU ALLTAG-INTERVIEW IN DW N° 84

Da darf eine Dame namens Tini, die für andere Leute Doktorarbeiten schreibt, dies Herrn Henkelmann gegenüber auch noch widerspruchslos rechtfertigen. Ich wünsche diesem Land, dass seine Führungskräfte in Politik und Wirtschaft geistig in der Lage sind, ihre Arbeiten a) tatsächlich und b) selbst zu schreiben, und mehr Sachverstand zeigen als die gegenwärtige Unterführungsriege. Die Dame empfiehlt als Literatur Noah Harari, und das verschlug mir etwas den Atem … ein israelischer Historiker, der sich um eine lebensnahe Parallele zur deutschen Geschichte bemüht – tierlieb, menschenfeindlich und genozidal. Ich würde mich freuen, wenn ihr jemanden findet – am liebsten Matthias Burchardt –, der Tinis Empfehlung für eure Leser zurechtrückt. Danke.
– Aina

ZU »SPINNEN DIE CHINESEN?« IN DW N° 87

Jeden Samstag, wenn ich die Zeitung aufschlage, kann ich die Erleichterung nicht fassen, dass es so eine tolle Zeitung gibt! Aber nun zu den Chinesen: Ich kann mir gut vorstellen, dass die das alles inszenieren, um dem Westen Horror und Angst zu machen und ihn wieder zurück auf den Corona Trip zu kriegen. So haben sie es meiner Meinung nach auch mit Wuhan gemacht. Aber diesmal wird hoffentlich keiner mehr darauf reinfallen.
– Claudia, München

AUF DEM SCHIRM
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

FLUCHT? NUR NACH VORN!

INTERVIEW mit dem Finanzexperten Ernst Wolff

Der Autor Ernst Wolff und DW-Redakteur Alexander Wagner im Gespräch nach einer Veranstaltung in Kiel am 21. April 2022. *Foto: Anja Musculus-Viehöfer*

DW: Die Corona-Maßnahmen wurden aufgehoben, es fühlt sich wieder freier an, ist alles wieder in Ordnung? Wie empfinden Sie im April 2022 die Lage?
Ernst Wolff: Ich denke, dass das nur so scheint, wir nur eine Zeit lang in Ruhe gelassen werden und dass das ganze Drangsalieren wieder weitergehen wird. Wir erleben jetzt eine Pause, in der uns ein wenig zugestanden wird, etwas Luft zu holen, aber im Hintergrund wird daran gearbeitet, dass die Maßnahmen wieder verschärft werden. Und wenn nicht unter Corona, dann unter irgendwelchen anderen Begründungen.

Ist Corona da als Begründung durch, oder wird es nochmal herangezogen?
Ich glaube nicht, dass sie ganz durch ist: Dermaßen viele Menschen tragen freiwillig Maske. Die Verängstigung hat solche Ausmaße angenommen, dass man auf dieser Klaviatur noch eine Zeitlang weiter spielen wird. Vorher, vor einem halben Jahr, habe ich noch gedacht, dass Corona als Narrativ nicht mehr funktionieren wird und durch eine andere Erzählung ersetzt wird. Aber zur Zeit habe ich den Eindruck, dass das Corona-Thema noch weiter getrieben wird. Aber es wird natürlich gleichzeitig das nächste Narrativ vorbereitet: Der Krieg wird noch weiter ausgeweitet werden, und dieser Klimawandel wird uns noch zunehmend begleiten.

Was viele Menschen, die nicht viel Geld auf der hohen Kante haben, jetzt beschäftigt, ist die Inflation. Was kann man da jetzt erwarten? Wird die immer weiter in die Höhe getrieben oder nimmt die Geldentwertung wieder ab?
In meinen Augen wird die Inflation immer weiter in die Höhe getrieben. Die Inflation hat ihren Grund nicht im Ukraine-Krieg, sondern in der ungebremsten Geldschöpfung der letzten Jahre. Hinzu kommt natürlich die Verknappung von Waren durch die Probleme bei den Lieferketten. Es gibt jede Menge Faktoren, die die Inflation weiter antreiben werden und ich gehe davon aus, dass die Inflation in den Jahren 2022 und 2023 gewaltig zunehmen wird.

Das macht den Menschen natürlich Angst. Gibt es denn noch Möglichkeiten dieser Pleite zu entgehen? Soll man jetzt in Edelmetalle oder Immobilien investieren? Da gehen die Preise in Deutschland ja gerade durch die Decke.
Jetzt in Immobilien zu investieren, ist gefährlich, weil dieser Markt jederzeit wieder kollabieren kann. Ich glaube, wenn man sein privates Vermögen durch die Krise bringen will, dann sollte man in Silber investieren oder in andere Sachwerte. Immobilien wären mir da zu unsicher.

Wie ist dein Tipp für die Menschen die sich fragen, können wir es in Deutschland noch aushalten, oder müssen wir auswandern?
Ich habe nicht vor auszuwandern, weil meine Familie hier lebt und ich diese nicht im Stich lassen würde. Außerdem glaube ich, dass das eine weltweite Agenda ist und man nirgendwo in Frieden gelassen wird. Es gibt vielleicht einige Länder, wo es besser ist, aber ob es das Wert ist, dass man sich in eine andere Kultur begibt, dass man eine andere Sprache lernen muss und unter Bedingungen lebt, die man eigentlich nur aufgesucht hat, um irgendwo wegzulaufen. Ich glaube nicht, dass das die richtige Lösung ist. Ich sehe auch, dass viele Menschen, die weggegangen sind, im Moment wiederkommen, weil ihnen die Heimat fehlt.

Das muss man wahrscheinlich erst einmal erleben und fühlen, wie es sozusagen in der Diaspora ist. Welche Möglichkeiten haben die Menschen, die hier bleiben? Netzwerke bauen, sich immer unabhängiger vom Staat machen und sich fragen, wo man noch im System drin ist?
Genau. Die Vernetzung ist das A und O, um weiter selbst seine innere Mitte zu finden. Alleine, als Einzelkämpfer, wird man das wahrscheinlich nicht durchhalten. Und dann natürlich als weiteren Punkt die Parallelgesellschaften aufbauen, wobei man nicht darauf hoffen sollte, dass man auf Dauer in einer Parallelgesellschaft glücklich werden kann. Das bedeutet, den Kampf weiterzuführen und sich dabei Freiräume mit Parallelgesellschaften zu schaffen.

Haben die Menschen, die vormals in der DDR gelebt haben Vorteile im Aufbau dieser Parallelstrukturen?
Das könnte sein, denn sie kennen diktatorische Verhältnisse besser als wir, die in Westdeutschland aufgewachsen sind. Deswegen sind sie auch teilweise stärker im Widerstand. Ich habe in der DDR immer empfunden, dass dort ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Menschen bestand. Im Moment werden wir alle auseinanderdividiert und wir sehen, dass der Widerstand gegen dieses Auseinanderdividieren in der ehemaligen DDR am größten ist. Sachsen sollte für uns im Westen Vorbild sein.

Die Fragen stellte Alexander Wagner.

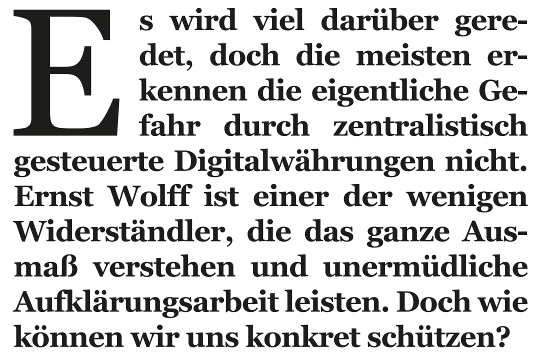


Weil es besser als digitales Taschengeld ist: Demokrat hält am Bargeld fest.
Foto: Georgi Belickin

Eine Währung, sie zu knechten

Der nächste, womöglich vernichtende Schachzug des Systems wird die Einführung des Digitalen Zentralbankgelds sein. | Von Burak Erbasi

Es wird viel darüber geredet, doch die meisten erkennen die eigentliche Gefahr durch zentralistisch gesteuerte Digitalwährungen nicht. Ernst Wolff ist einer der wenigen Widerständler, die das ganze Ausmaß verstehen und unermüdliche Aufklärungsarbeit leisten. Doch wie können wir uns konkret schützen?



An dieser Stelle seien die zahlreichen wertvollen Vorträge des Kollegen Wolff zum Thema Finanzwesen empfohlen. Einfach mal auf den bekannten *Onlinevideo*-Plattformen oder auf Telegram nach den entsprechenden Inhalten suchen. Für Einsteiger eignen sich auch die Beiträge des Bestsellerautors und libertären Aktivisten Marc Friedrich gut, um sich eine erste Übersicht zu verschaffen. Einmal angekommen in der Welt der Finanzrebellen, wird man bald die Erkenntnis verinnerlicht haben, dass alle anderen Themen wie Corona und Krieg läppische Ablenkthemen sind, ja fast schon Beschäftigungstherapien für kritische Bürger, die ja nicht zum Kern des Problems vordringen sollen. Klingt völlig übertrieben? Ich versuche es mal so auf den Punkt zu bringen: Jedweder Widerstand wird unmöglich, sobald das Regime die völlige Kontrolle über das Geldsystem hat. Die Machthaber können uns dann jederzeit den Hahn zudrehen, wenn wir uns nicht systemkonform verhalten. Die Bargeldabschaffung gilt als ausgemachte Sache, wie will man also unabhängige Medien und Verfolgte des Regimes finanziell unterstützen? In der neuen Realität des Zentralbankgeldsystems wird es auch keine herkömmlichen privaten Bankkonten mehr geben, um relativ unbehelligt Überweisungen zu tätigen. Sie wollen sich nicht impfen lassen gegen die neue Putin-Mutante im Herbst 2025? Gut vorstellbar, dass man Ihnen bald »Solidaritätsabgaben« wegen der Überlastung des Gesundheitssystems abknöpfen wird, per Knopfdruck versteht sich, ohne Widerstand leisten zu können. Die Liste an gruseligen Beispielen ließe sich beliebig fortführen. Kombiniert mit einem Sozial-Kredit-System wären wir somit in der Vorhölle der totalitären Digitaldystopie angekommen. Doch was können wir jetzt konkret dagegen tun?

Ganz einfach: den Fokus auf die wirkliche Gefahr richten. Nicht kopflos gegen etwas protestieren. Nichts »von oben« erhoffen, den Ablenkthemen nicht auf den Leim gehen. Wir müssen die restliche Zeit nutzen, um eine eigene Ökonomie mit einer eigenen unpenetrierbaren Kryptowährung zu etablieren, nur so können wir eine solide materielle Basis schaffen, von der aus ein effektiver Widerstand geleistet werden kann. Solange wir uns in der materiellen Abhängigkeit vom System befinden, wird es uns auch erpressen, manipulieren und lenken können. Was tun also viele Widerständler, die sich finanziell unabhängig machen wollen? Sie veräußern all ihr Hab und Gut, seien es Immobilien, Lebensversicherungen oder systemabhängige Aktien und investieren alles in anonyme dezentrale Kryptowährungen, alternativ auch in Edelmetalle oder fruchtbaren Boden für die Selbstversorgung. Klingt nach einem radikalen Schritt – ist aber die Konsequenz der Erkenntnis, dass man sich vom Regime keine Gnade erhoffen darf und sich selbst um den Schutz der Früchte seiner Arbeit kümmern muss.



Burak Erbasi ist Chef vom Dienst in der DW-Redaktion und nebenbei freischaffender Künstler.

Macron ist tot! Es lebe Macron!

Alle fünf Jahre wählen die Franzosen einen Präsidenten, gegen den sie dann weitere fünf Jahre auf die Barrikaden gehen dürfen. | Von Hermann Ploppa

Das ist wahre Demokratie: Die Franzosen konnten bei der letzten Präsidentenwahl zwischen Pest und Cholera wählen. Die Franzosen haben Emmanuel Macron gewählt, weil sie seine Gegenkandidatin Marine Le Pen vom rechten Rassemblement National nicht haben wollten.

Das war exakt die Finalposition bei der letzten Präsidentenwahl 2017. Nur etwa 25 Prozent aller berechtigten Franzosen entschieden sich beide Male in der ersten Runde der Wahlen für Emmanuel Macron. Doch diesmal gelang es nicht mehr so überzeugend, Macron-Verabscheuer zur Wahl von eben diesem Macron zu nötigen. Der Abstand vom Sieger Macron zu Le Pen betrug jedoch immer noch satte 17 Prozent.

Le Pen drohte, im Fall ihres Sieges alle Windkraftanlagen einzustampfen und dafür Atomkraftwerke und Fossilenergie auszubauen. Ihre außenpolitischen Vorstellungen dagegen sind beinahe identisch mit den Vorstellungen des früheren legendären Präsidenten Charles de Gaulle. Le Pen optiert de facto für ein Europa der Vaterländer – für einen europäischen Staatenbund anstelle eines europäischen Bundesstaates. Sie will Frankreich wieder aus den Nato-Kommandostrukturen herausführen und außenpolitisch offen sein für Eurasien. Aber dadurch, dass Le Pen diese Positionen vertritt, sind de Gaulles Grundsätze jetzt »igitt« und in der rechten Schmuddelecke endverklappt.

EIN PRÄSIDENT DER ELITEN

Nun hat Frankreich einen Präsidenten, den drei Viertel der Franzosen nicht wollen. Immerhin weiß man, was einem nun blüht. Macron erhielt seine ersten Weihen in einem Jesuiteninternat. Danach absolvierte er ein Studium an der zweitbesten Eliteschule Frankreichs. Um dann als verbeamteter Finanzdirektor ein hartes Praktikum zu absolvieren. Mitterand-Intimus Jacques Attali katapultierte Macron als nächstes in die Pariser Rothschild-Investmentbank. Auch die Kür zum Young Global Leader des World Economic Forum war Macrons Karriere sicher nicht abträglich.

2012 steigt der junge Führer beim frisch gewählten Präsidenten François Hollande als dessen buchstäblich rechte Hand ein und staucht die Minister des linken Flügels der regierenden sozialistischen Partei bis zur Bedeutungslosigkeit zusammen. Macron macht dem amerikanischen Stromkonzern General Electrics den Weg frei für die Übernahme der Stromsparte des französischen Konzerns Alstom. Als Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales regiert Macron aufgrund fehlender parlamentarischer Grundlage als de facto-Präsident seit 2014 mit Notverordnungen.

52 Prozent der Franzosen fordern laut Umfragen den sofortigen Rücktritt des Ministers der Superreichen. Doch Präsident Hollande schaut hilflos zu. Seine sogenannte Sozialistische Partei zersplittert angesichts der ausgelösten Spannungen in verfeindete Fraktionen. Macron tritt 2016 als Minister zurück. Ungerührt von jenem Scherbenhaufen sammelt Macron bei den Superreichen 16 Millionen Euro ein und gründet kurzerhand seine neue »Sammlungsbewegung« La République en Marche und gewinnt 2017 die Präsidentschaft mit der Drohung: wenn nicht er, dann die rechtsradikale Le Pen.

ADIEU SOZIALSTAAT

Das wirkt. Präsident Macron ist jetzt neuer Wirtschaftsdiktator. Zunächst gilt es, die Vermögenssteuer abzuschaffen. Dann die Macht der Gewerkschaften zu rasieren: Kleine und mittlere Betriebe können Vereinbarungen direkt mit ihren Beschäftigten abschließen. Dann, nach deutschem Vorbild, die staatliche Eisenbahn Schritt für Schritt privatisieren. Immer mehr Menschen werden aus gesicherten Berufen in prekäre »Jobs« abgedrängt. Die von Macron erzwungene Öffnung der sozialen Schere zwischen arm und reich führt Ende 2018 zu heftigen Protesten der so genannten Gelbwesten. Dienstleistungsarbeiter sind empört über die Teuerung der Benzinpreise. Die Kosten für die Fahrt zum Arbeitsplatz nehmen von den sowieso schon geringen Löhnen viel zu viel weg. Im April 2019 führt der Präsidenten-König einen allgemeinen »Nationalen Dienst« für junge Leute ein. Was sich Macron in der Corona-Plandemie herausnahm, ist noch in frischer Erinnerung.



Demokraten wollen das Übel an der Wurzel packen. *Foto: Georgi Belickin*

Welche Probleme warten jetzt auf den neu gewählten Präsidenten? Nach den von Frankreich selber auf den Weg gebrachten Kriterien von Maastricht dürfte Frankreich der Europäischen Union eigentlich nicht mehr angehören. Denn das Defizit der Regierung durch die Staatsausgaben beträgt zwischenzeitlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Macron will das Defizit bis 2027 auf unter drei Prozent drücken. Dreimal darf man raten, wo die Einsparungen wohl vorgenommen werden, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Vermutlich wird dann im Sozialbereich der Sparstift angesetzt. Was natürlich – das verstehen wir doch alle – gewisse Härten unerlässlich macht, die dann wieder mit Notverordnungen durchgesetzt werden? Die Erhöhung des Renteneintrittsalters von jetzt 62 Jahre auf zukünftig 65 Jahre ist schon festgeschrieben auf der Agenda-Liste. Ja, und dank der genialen Corona-Politik beträgt die Staatsverschuldung aktuell 114,6 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt.

Das heißt: Die Schuldenlast liegt 14 Prozent über dem, was alle Franzosen in einem Jahr erarbeiten können. Es gibt also wieder viel zum Protestieren in den nächsten fünf Jahren.

MEHR ALS NUR KLOPAPIER

Wollen die Eliten eine Hungerkatastrophe auslösen? | Von Jill Sandjaja

Aufgrund der coronabedingten Grundversorgungsangst im Frühjahr 2020 war durch Hamsterkäufe das Klopapier ausverkauft. Im Frühjahr 2022 steht der Ukraine-Krieg im Mittelpunkt und lässt angeblich immer mehr Produkte wie Weizen und Rapsöl aus den Supermarktregalen verschwinden.

Die Lebensmittel, die noch da sind, erhalten eine durchschnittliche Preissteigerung von 6,3 Prozent. Dabei liegt die derzeitige Inflationsrate in Deutschland auf einem Rekordhoch von 7,3 Prozent. Krieg alleine reicht nicht aus, um die Lebensmittelkrise und Megainflation zu rechtfertigen. Es gibt ja noch den anhaltenden *Lockdown* in Shanghai. Ein massiver Schiffsstau rund um den größten Containerhafen der Welt stürzt globale Lieferketten ins Chaos.

Doch während sich die Deutschen noch über den Literpreis Sonnenblumenöl von fünf Euro bei Aldi beschweren, sind Millionen gefangene Chinesen dabei zu verhungern. Ungefilterte Videos gehen viral, die beweisen, dass Chinesen in weißen Schutzanzügen tonnenweise gutes Obst und Gemüse in Müllcontainer werfen, die Saat der Bauern wieder aus dem Acker heraus harken und somit die Nahrungsmittelversorgung absichtlich sabotieren. Währenddessen stürzt in den USA wieder ein Flugzeug ab. Eine erfahrene 30-jährige UPS-Pilotin kommt ums Leben als sie in eine Kartoffelverarbeitungsanlage stürzt. Wie das passieren konnte, ist bisher noch unklar. Genauso unklar bleiben auch die Ursachen der zerstörerischen Feuerausbrüche in weiteren 17 Lebensmittel- und Düngemittelfabriken, die allein dieses Jahr in den USA stattfanden und ihren Teil zur Nahrungsmittelknappheit beitragen.

HERBEIGESCHAFFTE HUNGERKRISE

Die Feuerbrände bleiben mysteriös, doch einige Angaben des US-Landwirtschaftsministerium hingegen werden klar kommuniziert: Man habe herausgefunden, dass sich eine hochansteckende Vogelgrippe in mehr als 30 Bundesstaaten ausgebreitet habe. Angeblich konnte der tödliche Virus bei Millionen Wildvögeln nachgewiesen werden und tötete auch mindestens drei Weißkopfseeadler. Um eine Ausbreitung zu vermeiden, hat das Ministerium letzte Woche knapp 27 Millionen Hühner und Puten elendig ersticken lassen. Wie viele Menschen hätten sich davon nochmal ernähren können?

Vor allem soll aber der sogenannte Klimawandel verantwortlich für Hunger, Armut und leere Supermarktregale gemacht werden. Die UN-Ernährungsorganisationen schlagen seit Jahren Alarm angesichts der Trockenperioden in bestimmten Regionen, auch wenn sie dieses Jahr dem Ukraine-Krieg alles in die Schuhe schieben wollen, schwingt die drohende Klimaapokalypse immer fröhlich mit. Wo ist Bill Gate´s Wettermaschine, wenn man sie braucht? Kann nicht der größte Ackerlandbesitzer der USA es einfach auf seinem Farmland regnen lassen? Und falls er es tun würde, würde er den Ertrag mit seinen Mitmenschen teilen oder quält er sie lieber weiterhin mit seinen Spritzen? Die Gründe der globalen Lebensmittelkrise sind grausam facettenreich, erzwungen und manchmal auch undurchsichtig.



Jill Sandjaja ist Architektin, Musikerin und DW-Illustratorin. Sie sagt: »Ich habe auf Rock'n'Roll geschworen.«

DIE ZWEITE PHASE

Neues von der Ostfront | Von Felix Feistel

Die Russische Militäroperation in der Ukraine ist nach offiziellen Verlautbarungen in die »zweite Phase« eingetreten. In dieser sei das Ziel, den Donbass vollständig zu befreien und eine Landbrücke zur Halbinsel Krim zu schaffen.

Auch der Süden der Ukraine wurde als neues Ziel ausgegeben, sodass eine Verbindung bis zum moldawischen Transnistrien geschaffen wird, in dem es in den vergangenen Tagen zu einer Reihe von Explosionen kam. Dieser schmale Streifen Land, der offiziell zu Moldawien gehört, sich aber als unabhängig betrachtet, hat schon früher versucht, sich per Referendum zu einem Teil Russlands zu erklären, was Russland in der Vergangenheit jedoch immer wieder abgelehnt hatte. Nun wolle man eine Verbindung schaffen, weil dir russische Bevölkerung dort unterdrückt werde.

Russische Soldaten mit der taktischen Kennzeichnung »O« hätten nun auch den Norden des Donbass erreicht, teilten russische Militärkorrespondenten vor Ort mit. Demnach haben sie die Grenze des Gebiets Cherkow überschritten und die ersten besiedelten Gebiete erreicht. Ihr Ziel sind die strategisch wichtigen Städte Slawjansk und Kramatorsk. Es bleibt abzuwarten wie lange es dauert, bis die deutsche Regierung die Verwendung des Buchstaben »O« verbieten lässt.

VERSTECKSPIEL GEHT WEITER

Der Bürgermeister von Mariupol Konstantin Iwaschtschenko teilte mit, dass in der Stadt keine Kämpfe mehr stattfänden und das friedliche Leben zurückkehre. Auch die Kämpfe um das Asow-Stahlwerk haben vorerst aufgehört. Noch immer verschanzen sich die Reste des neonazistischen Asow-Regiments in den Katakomben unter dem Werk. Eine Erstürmung hat der russische Präsident Wladimir Putin jedoch untersagt, um russische Soldaten zu schützen. Stattdessen werden die Kämpfer belagert und so lange ausgehungert, bis sie sich freiwillig ergeben. Erstmals präsentierten die eingeschlossenen Kämpfer ein Video, das auch mehrere dutzend Zivilisten zeigt, die in den Katakomben eingesperrt sind. Es handelt sich dabei um Arbeiter der Werke sowie deren Familien, die schon seit März dort ausharren.

Die Kämpfer fordern einen humanitären Korridor zur Evakuierung, dabei wurden solche durch die russische Armee in der Vergangenheit immer wieder angeboten. Dem Video kann man entnehmen, dass die Zivilisten darüber nicht informiert worden sind. Es liegt der Verdacht nahe, dass ein weiteres Mal Zivilisten als Schutzschild für die nazistischen Brigaden dienen, die sich einen Weg in die Freiheit zu erpressen versuchen. Mittlerweile fordern sie, in die Türkei evakuiert zu werden, wo sie dann ihre Waffen niederlegen wollen. Was genau sie in den Katakomben verstecken und vor den russischen Truppen zu retten versuchen, ist noch unklar. Einige Analysten vermuten hochrangige Nato-Befehlshaber, andere geheime Daten zu den ukrainischen Biolaboren.

Es scheint aber, dass Frankreich ein reges Interesse daran hat, dass dieses Geheimnis den Russen nicht in die Hände fällt, nicht umsonst bemüht sich der wiedergewählte französische Präsident Emmanuel Macron seit Wochen darum, Putin zur Öffnung eines Korridors in Richtung ukrainisch besetzten Gebiets zu öffnen, und das, obwohl die Bürger die Stadt jederzeit verlassen können. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden aus Mariupol bislang 134.000 Zivilisten evakuiert, viele davon nach Russland. Dort erhalten sie Unterstützung für soziale Fragen und Rechtsbeistand. Ein zentrales Ermittlungskomitee nimmt außerdem Aussagen über von der ukrainischen Armee begangene Grausamkeiten und Verbrechen auf.

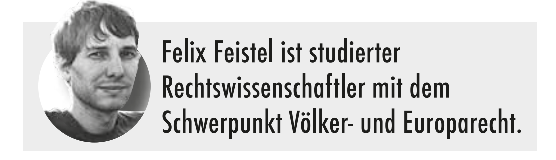
NAZIS WOLLEN EIN BLUTBAD ANRICHTEN

Unterdessen kündigte der Gründer des neonazistischen Asow-Regiments Andrey Biletskyj an, dass das Regiment einen Massenmord an Zivilisten begehen wolle, sollte Mariupol am 9. Mai an der Aktion »Unsterbliches Regiment« teilnehmen. Er erklärte, ukrainische Langstreckenraketen wie Totschka-U auf Mariupol abzufeuern, sollte der in Russland als »Tag des Sieges über den Faschismus« gefeierte Tag auch in Mariupol begangen werden. Aus dieser Ankündigung könnte man folgern, dass, wer auch immer das Kommando bei Asow innehat, auch in der ukrainischen Armee einen erheblichen Einfluss hat und somit den Abschuss solcher Raketen befehligen kann. Der Tag des Sieges wurde nach dem Maidan in der Ukraine verboten und soll nun in Mariupol zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder gefeiert werden.

Das russische Verteidigungsministerium rechnet derweil mit einem Angriff mit Massenvernichtungswaffen der USA auf ukrainischem Gebiet unter falscher Flagge. Demnach lägen der Regierung Informationen vor, welche die Skizzierung drei verschiedener Szenarien ermöglichen. Diese gehen von einem zielgerichteten Angriff mit biologischen oder chemischen Kampfstoffen bis hin zu Angriffen auf Deponien, Atomkraftwerken oder gar das Lager für radioaktive Abfälle in der ehemaligen Chemiefabrik Pridneprovsky im Dorf Kamenskoje in der Region Dnipropetrowsk im Südosten der Ukraine.

Der direkte Einsatz von ABC-Waffen auf dem Schlachtfeld stelle aber das unwahrscheinlichste Szenario dar. Schon seit Wochen warnen immer wieder westliche Politiker vor einem angeblich geplanten Angriff mit Massenvernichtungswaffen seitens Russlands. Die Inszenierung solcher Angriffe ist jedoch eine Tradition westlicher Propaganda. So gab es im Syrien-Krieg Aufnahmen eines angeblichen Giftgasangriffs der syrischen Truppen, die in den Medien als Beweis für die Kriegsverbrechen Assads herangezogen wurden.

Später wurde zugegeben, dass es sich um Fälschungen unter Beteiligung der Weißhelme handelte. Auch der Irakkrieg wurde mit einer Lüge von Massenvernichtungswaffen begonnen. Schon vor einigen Wochen hatte die russische Armee mehrere Drohnen der Ukraine entdeckt, die mit Kanistern und Sprühaufsätzen bestückt worden waren, die dazu geeignet sind, chemische oder biologische Kampfstoffe zu verteilen.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.



Karte des Frontverlaufes, wie ihn die US-amerikanische Denkfabrik »Institute for the Study of War« am 26. April 2022 sieht. Legende: Die Kreise markieren »erhebliche Kämpfe« in den vergangenen 24 Stunden. Die schwarz umrandeten und schraffierten Bereiche zeigen das Gebiet, welches von Russland vor dem 24. Februar 2022 kontrolliert wurde. Die Kämpfe konzentrieren sich nun auf den Osten und Süden des Landes und nicht mehr auf die Gegend um die Hauptstadt Kiew (Kyiv), welche sich im Norden der Ukraine befindet. Die Denkfabrik wertet die Kampfhandlungen so, dass die Front um die Städte Kharkiv und Izium (Izyum) im Nordosten, und die Front im Süden zur Unterstützung Kämpfe in der Ostukraine dienen. Karten der russischen Föderation bilden den Frontverlauf an einigen Stellen erheblich anders ab.

MELDUNG

STRÖBELE GEGEN NATO-PANZER

Berlin/DW. Der bekannte frühere Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele erklärte am Dienstag zum Waffeneinsatz der Nato: »Die Interessen der Russen sind ignoriert worden. (...) Nicht Panzer und schwerste Waffen. Solange ein Krieg nicht unmittelbar bevorsteht, muss man vorrangig alles andere tun, als Waffen zu liefern. Frieden schaffen ohne Waffen, heißt aktiv zu werden, bevor die Waffen zum Einsatz kommen. Es hätte schon zur Kenntnis genommen werden sollen, dass viele Russen sich nicht so ohne Weiteres mit dem Zerfall der Sowjetunion abgefunden haben. Es hätte gesprochen werden müssen, eine Konferenz nach der anderen, aber gerade im letzten halben Jahr vor den angeblichen russischen Manövern kam doch vom Westen nichts mehr, keine Initiative. Keine Verhandlungsvorschläge.«

Ströbele gab das Interview den Corona- und Nato-Kriegshetzblatt Tageszeitung *taz*. Die »rot-grün-gelbe« Bundesregierung hatte zuvor den Konzern Krauss-Maffei beauftragt, deutsche Panzer an die Front zu liefern. (ale)

»CORONA – INSZENIERUNG EINER KRISE« | TEIL 2

Manipulationsinstrumente im Corona-Regime: Die Aufgabe der Helfer der Regierung ist, »Überzeugungsarbeit« zu leisten, also die Aufgabe, die Menschen dahin zu bringen, dass sie tun, was sie sollen. Dafür stehen eine Fülle von Manipulationsinstrumenten zur Verfügung, die auch in der Corona-Inszenierung eingesetzt wurden, so unter anderem:

Wiederholen der Botschaften nach dem Motto »Zweiundsechzigtausend Wiederholungen ergeben eine Wahrheit«, wie es in Huxleys »Schöne neue Welt« heißt, dort mit dem Mittel der »Hypnopädie«, bei der im Schlafsaal der Lautsprecher Parolen und Merksätze immer und immer wieder aufsagt. Sprachregelungen, Bedeutungsverschiebungen nach dem Orwellschen Muster des Neusprech;

Überzeugen, Überreden durch gezielte Informationspolitik durch »Experten« und politisch einflussreiche Personen, Ausschluss von alternativen Meinungen. Einsatz von Emotionen wie Angst, Aggression, Moral. Appelle an Solidarität, Gemeinschaft, kollektives Wir. Aufstellen eines Feindes. Kontrolle des Verhaltens und Bewusstseins durch direkte Lenkung des Verhaltens über die Maßnahmen, Verbote, Gebote und Gewalt und entsprechende Sanktionen. Über das Handeln, das »doing« (J. Butler) selbst werden die Forderungen, wird die Unterwerfung »inkorporiert« (Bourdieu).

FEINDERKLÄRUNG

Ein weiteres, nicht verzichtbares, ergänzendes Herrschaftsmittel neben der Angst wurde von Anbeginn an eingesetzt: Spaltung der Gesellschaft durch Aggression gegen Kritiker, was auf der anderen Seite zugleich ein ausschließendes »Wir«-Gefühl erzeugt und zusammenschweißt – immer wieder wurde darüber die »Solidarität« gefordert und beschworen, was durchaus an Volksgemeinschaft erinnert. Im Mechanismus der Feinderklärung werden innere oder äußere Feinde benannt, parallel zum äußeren Feind, gegen den propagandistisch oder militärisch vorgegangen wird, werden an der »Heimatfront« innere Feinde bekämpft und mundtot gemacht, seien es Oppositionelle oder Minderheiten.

Peter Brückner hatte in den frühen siebziger Jahren die »Feinderklärung« als bevorzugtes Mittel in Krisen und Kriegszeiten, als Kennzeichen des autoritären Staats beschrieben und analysiert. Mit ihr wird die Identifikation und Loyalität mit dem Regierungshandeln durch Aggression gegen Kritiker aufgebaut und das »reflexartige Unterwerfungsverhalten der Bevölkerung« aufrechterhalten. Damit werden die Kritiker, nicht die Regierung, die in Krisenzeiten der Bevölkerung schmerzliche Maßnahmen auferlegt oder versagt, zum Feind. Durch die Feinderklärung werden die Kritiker isoliert, ausgegrenzt, ihre Argumente und ihre Forderungen eliminiert, sie werden lächerlich gemacht, demoralisiert oder kriminalisiert. Aggression wird gegen Angst eingesetzt, Angst wird mit Aggression abgewehrt. Angst und Aggression sind Schwestern, beeinflussen sich gegenseitig, Angst kann in Aggression kippen, Panik in Hass. So wird panische Angst in hohem Maß aggressiv verteidigt, gerechtfertigt.

Es wechselt je nach politischem Bedarf, wer jeweils zum inneren oder äußeren Feind erklärt wird. Damals richtete sie sich gegen Sozialismus generell, gegen linke Studenten, dann gegen die Baader-Meinhof-Gruppe und deren Sympathisanten. Heute sind dies die »Putinversteher«, die Israelkritiker, im Parteienwettbewerb die AFD, die Rechten und nun die Kritiker der Pandemie-Politik, gern mit ihnen in einen Topf geworfen. Das haben wir nun von Anfang an reichlich bis zum absolut Unerträglichen erlebt. Es wurde alles getan, Gegenstimmen nicht zu Wort kommen zu lassen oder lächerlich zu machen. Hier war und ist kein Dreck, keine Dummheit, keine Ignoranz zu schade – der Druck wuchs an, parallel zur Impfkampagne. In allen offiziösen Organisationen, Institutionen, Medien haben sich Tuis (intellektuelle Speichellecker, Brecht) zur Verteidigung der Regierung einspannen lassen, zur Hetze gegen Kritiker – besonders abscheulich auch die Linke.

Experten mit gegenteiligen Interpretationen oder Wissen, wie zum Beispiel Bhakdi, Wodarg, Ioannidis und so viele andere, Ärzte, Wissenschaftler, Rechtsanwälte, Künstler wurden von Anfang an niedergebügelt, ignoriert, unschädlich zu machen versucht. Es wurden starke aggressive Affekte auch gegen die Kritiker, die auf die Straße gingen, mobilisiert. Regelhaft werden die Kritiker als Corona-Leugner, Wissenschaftsleugner, Spinner, Esoteriker, Egoisten, Verschwörungstheoretiker bezeichnet oder pauschal als rechts oder »rechtsoffen«, damit, im gleichen Atemzug, als rassistisch, antisemitisch diffamiert – dies besonders gern von den rechtsorientierten Volksparteien oder von der sogenannten Antifa, die regelmäßig am Straßenrand ihren Dienst tat mit der dummen Skandierung von »Nazis raus« oder – besonders faschistoid – »Wir impfen euch alle«.

KEINE SELBSTREFLEXION BEI KRITIKERN DER KRITIKER

Ich kenne dagegen keine psychologische Analyse aus diesem Umkreis, die sich in (Selbst-)Analyse über ihre Vertrauensseligkeit, ihre autoritäre Gehorsamsbereitschaft Gedanken macht. Wo ist die Ethik der Wachsamkeit jedes Bürgers und besonders des Intellektuellen geblieben, besonders gegenüber von Herrschaft und Macht? In nahezu allen Beiträgen aus dem psychoanalytischen Umkreis zeigen sich zwei Schwerpunkte: Sie bieten Kollektiv-Persönlichkeitsferndiagnosen der Corona-Kritiker, die mehr oder weniger identisch mit denen der Rechtspopulisten sind und Zentrum ist der Vorwurf der Verschwörungstheorie, der auch stets in allen regierungsnahen Äußerungen zentraler Bestandteil ist.

Zur (Psycho-)»Analyse« der Corona-Kritiker werden die Ergebnisse der sogenannten Leipziger Mitte-Studien über die Rechtspopulisten herangezogen und über



»Freiheit beginnt zu jeder Zeit und überall mit einem klaren Nein!«, macht diese Demokratin klar.

ZWANG Z

DIE PSYCHOLOGIE D
UND DIE ROLLE DER

Die verborgene Regierung und ihre Helfer

die Corona-Bewegung gestülpt, diese damit von vornherein als rechtspopulistisch etikettiert – als kollektive Ferndiagnose. Dabei sind diese Kategorien selbst sehr unscharf, vage, emotional, beliebig anwendbar. Die Gleichstellung von Corona-Kritik und rechts – oder etwas freundlicher »rechtsoffen« oder, wenn gar nichts zu finden ist, an rechts »anschlussfähig« – gelingt natürlich umso leichter, als tatsächlich rechte Gruppierungen oder Parteien auch unter den Kritikern sind, dann fühlt man sich legitimiert, beides gleichzusetzen.

Einer Beschreibung von Rechtspopulisten von Hans-Jürgen Wirth, orientiert an den Leipziger Studien, kann man folgende Kategorien entnehmen: Hass gegen Eliten, moralisch politische Alleinvertretung, Delegitimierung demokratischer Institutionen, gemeint ist Kritik an parlamentarischer Demokratie, Verschwörungsmentalität, Ressentiment, Misstrauen, Unfähigkeit zu vertrauen bis zu Paranoia, starke negative Affekte (Empörung, Wutbürger), Selbstermächtigung, autoritäre Persönlichkeit, Männlichkeitskulte, fremdenfeindlich, antisemitisch, rassistisch. Die meisten dieser Kategorien findet man dann wieder bei der Beschreibung von Corona-Kritikern, so auch bei Wirth – auch wenn er, anders als andere, konstatiert, dass es auch zwischen Corona-Kritikern Unterschiede gebe und sein Interesse sogar eher den »linken, grünen, esoterischen« Kritikern gelte. Linke Kritiker, mit den Rechten »zusammengeschlossen«, stehen in »Frontstellung gegen den Staat« und stützten sich mit Foucault und Agamben auf ein »monolithisches Bild der sozialen Wirklichkeit«. Es herrsche ein »epistemisches Misstrauen« vor (Fonagy) – das ist die »ständige Bereitschaft, alles, was von etablierten Institutionen« komme, zu hinterfragen, es zeige sich in einer »übertriebenen Wachsamkeit«, es werde paranoisch Böses unterstellt. Im *Spiegel*, in einem seiner vielen Beiträge, schreibt Wirth: »Die Querdenker beziehen ihr Selbstvertrauen auch aus einem zur fanatischen Ideologie übersteigerten Misstrauen.«

Zweifel an den Maßnahmen, an der Gefährlichkeit des Coronavirus, an den of-



Foto: Hannes Henkelmann

ZUM JA –
ES CORONAREGIMES
PSYCHOLOGEN

r. | Von Dr. Almuth Bruder-Bezzel

fiziellen Zahlen sind ebenso verdächtig wie Sorgen über die Einschränkungen der Freiheitsrechte, die als Bedrohung für die Demokratie gesehen werden, wie dies aus der Befragung der Hans-Böckler-Stiftung hervorgeht. Die Kritiker zeigten ein grandioses Bedürfnis nach Selbstermächtigung. Epistemisches Misstrauen könne sich in der Kindheit ausbilden, werde aber auch begünstigt im Alter, aus der narzisstischen Kränkung heraus, altern zu müssen und an sozialer Bedeutung zu verlieren. Das begünstige auch den Altersstarrsinn, und das erkläre, dass es viele Ältere, auch Mediziner, unter den Kritikern gebe, die ihre Reputation aufs Spiel setzen, indem sie sich mit Verschwörungstheoretikern gemein machen – »Altersstarrsinn«, eine besonders tiefsinnige Analyse, um davon abzulenken, wer denn die Reputation in den Dreck zieht.

DIE SUBSTANZLOSEN VORWÜRFE DER HOFGELEHRTEN

Aus dem psychoanalytischen Umkreis tut sich Bruno Heidlberger, Propagandist der Popperschen offenen Gesellschaft, in der üblen Nachrede besonders markant hervor: Im tiefsten Vertrauen auf die Regierung fährt er alle Klischees gegen deren Kritiker auf, die natürlich alle vom Verschwörungsdenken, als deren Strategie zur Bewältigung ihrer Ängste, durchdrungen seien. *Great Reset* und *Deep State* würden von ihnen »herbeigeredet«, als Verschwörungserzählung. Er identifiziert die Corona-Kritiker (als Verschwörungsideologen) mit den Kategorien der Autoritarismusstudien von Adorno und den Faschismusstudien von Leo Löwenthal. Verschwörungsideologen seien Brandstifter, getarnt als Bürgerrechtler, lehnten Aufklärung und Moderne ab, seien Antisemiten, sie träumten im Größenwahn vom harmonischen, widerspruchsfreien, völkischen Selbst. Spirituelle Heilslehren wie Anthroposophie und Waldorfpädagogik hätten hier ihre Hochburg. Alarmistischer Höhepunkt: Sie rufen zum Umsturz auf.

Belege: Fehlanzeige. Zu den Denunziationsfiguren gehört vor allem und stets der Vorwurf der »Verschwörungstheorie«. Pia Lamberty, als Geschäftsführerin eines Instituts Zuarbeiterin für verschiedene Behörden überzieht die »Verschwörungsgläubigen« mit einer Mixtur von weit verbreiteten, allgemeinmenschlichen Merkmalen wie Narzissmus, Bedürfnis nach Einzigartigkeit, geringe Ambiguitätstoleranz, Dichotomie Gut-Böse, Ablehnung von (medizinischer) Wissenschaft und offen für alternative Medizin, und natürlich rechts, rassistisch et cetera. Verschwörungsgläubige suchen Anerkennung, fühlen sich überlegen, gegen den Strom schwimmend, hängen sinnlosen Aussagen an et cetera.

Verschwörungstheorie ist auch ein beliebtes Thema bei Psychoanalytikern, die über Rechtspopulisten oder Corona-Kritiker schreiben. Die Zeitschrift *psychosozial* hat diesem Thema, noch vor Corona, ein ganzes Heft gewidmet, in Corona-Zeiten kommt es in allen Beiträgen vor, Jürgen Körner hat dem Thema einen ganzen Aufsatz gewidmet. Das jetzige Aufkommen der Verschwörungstheorie wird von den Psychoanalytikern Heimerl und Küchenhoff mit dem »Unheimlichen« des Virus verbunden: Der unheimliche Eindringling führe zu archaischen Ängsten, die wiederum frühe Abwehrmechanismen wie Introjektion, Projektion und Paranoia auslösten. Das führe zu paranoischer Verschwörungstheorie – aber natürlich nicht bei der Mehrheit, die in hysterischer Panik versetzt ist, sondern ausgerechnet bei denen, die sich von der medialen Panikmache gerade nicht beeindrucken haben lassen. Wie das?

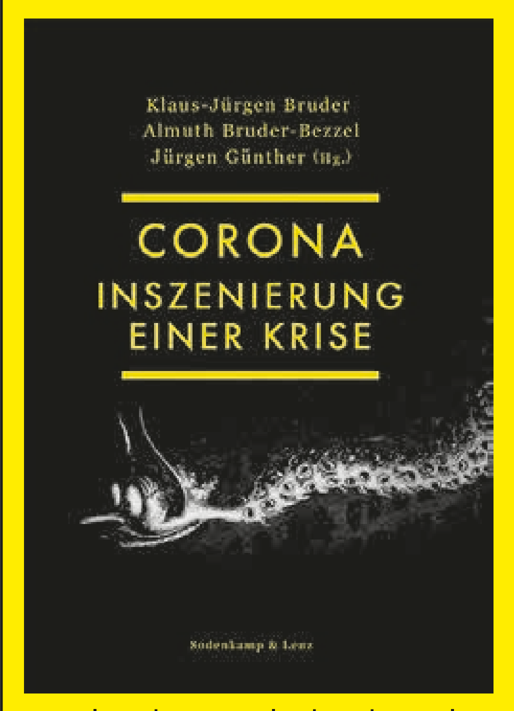
»Verschwörungstheorie« ist ein vollkommen verschwommener, nie konkretisierter oder explizierter Begriff, der mit »unwissenschaftlich«, »verrückt« assoziiert wird. Als Verschwörungsmythen gelten zum Beispiel in der Hans-Boeckler-Studie zwei Items: »Ich kann mir vorstellen, dass hinter der Pandemie eine Elite steht, die eine neue Weltordnung schaffen will« oder »ich kann mir vorstellen, dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen«. Das gilt dann als Verschwörungsmythos. Diffamierend und pathologisierend meint es jede von den offiziellen Verlautbarungen abweichende Linie, jede Erklärung von Zusammenhängen und Fragen nach dem *Cui bono*, dem wer, wo, wohin? Solche Erklärungsansätze gelten als Verschwörungstheorie und diese seien, nach Michael Butter, stets falsch. So einfach also. Auch marxistisch orientierte Fragen nach politischen und ökonomischen Interessen gehören dazu, ja Marx war in die Schublade der Verschwörungstheoretiker gepackt worden, damit hatte bereits der Antimarxist Karl Popper diesen Begriff verbunden.

Ganz schlimm wird es, wenn sogar noch einzelne Namen, als Vertreter dieser Klasse, genannt werden, wie Bill Gates, Rockefeller, Schwab, Soros oder Firmenbereiche wie Pharma oder Rüstung. Deren Einfluss, deren Absprachen, »Verschwörung« werden völlig übergangen, geleugnet. Wo sind wir denn? Im Märchenland? An keiner Stelle wird die Mühe gemacht, sich die realen Beziehungen, Zusammenspiele, Interessenkonstellationen, Machtstrukturen anzusehen, zu überprüfen – das ist absichtsvoll, vermutlich angstvoll, denkfaul, wissensverweigernd. Ein Ergebnis der Studien der Hans-Böckler-Stiftung ist es, dass Zweifel bei Befragten mit niedrigem Einkommen oder niedrigem Schulabschluss häufiger sind, das heißt umgekehrt: Die Akademiker, die Arrivierten, gut Verdienenden sind staatstreu, tragen diesen Staat und verbreiten die herrschende Meinung. Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden (Marx), wie wir wissen.

Diese hochgepeitschte Aggression, Kampagne gegen die Kritiker, unter Beteiligung der nahezu gesamten Linken, gehört zu den schmerzlichsten und widerlichsten Erfahrungen dieser ganzen Zeit, sie bedeutet nicht nur eine Zerrüttung von Familien und Freundschaften, sondern die Aufhebung jeglicher oppositioneller Politik. Angst und Wut richten sich somit auf die Kritiker und nicht auf die Macher. Wir erleben eine Kastration des kritischen Geistes, der Opposition, ja noch schlimmer: Diese Kastration haben diese an sich selbst durchgeführt – ein Selbstmordattentat. Die Manipulation findet keine Grenze. Und das macht Angst.

Alle Quellen- und Literaturangaben finden Sie im Buch. Die Audiostrecke des Textes können Sie auf apolut.net anhören.

ALMUTH BRUDER-BEZZEL, Dr. phil., Dipl.-Psych., Psychoanalytikerin (DGIP, DGPT) in eigener Praxis, Lehranalytikerin und Supervisorin am Alfred Adler Institut (AAI) Berlin. Eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten, Aufsätzen, Vorträgen und Buchveröffentlichungen von 1983 bis 2019 vor allem zur Geschichte und Theorie der Individualpsychologie Alfred Adlers. Zusätzlich immer wieder Vorträge und Aufsätze zum Themenbereich »Psychoanalyse und gesellschaftliche Probleme« wie Arbeitslosigkeit, Prekariat, neoliberale Identität, Rechtspopulismus.



Der vorliegende Text Dr. Almuth Bruder-Bezzels ist ein Auszug aus dem Buch »Corona – Inszenierung einer Krise« Die Anthologie erscheint im Mai 2022, herausgegeben von Professor Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel und Jürgen Günther im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz, Berlin. Zugleich findet der gleichnamige Akademiekongress statt.

Mit weiteren Originalbeiträgen für diesen Band von Rudolph Bauer, Eva Borst, Jeannette Fischer, Magda von Garrel, Uli Gellermann, Hannes Hofbauer, Andrea Kleeberg-Niepage, Michael Ley & Carl Vierboom, Georg Lind, Christiane Reymann, Matthias Rudlof, Michael Schneider, Robert Scholz, Christoph Seidler, Harald Walach sowie den Herausgebern.

Zeichen-Zensur

Das Verbot des Buchstaben »Z« in bestimmten politischen Kontexten eröffnet eine neue Dimension der Sprach- und Denkreduktion. | Von Nicolas Riedl

»Z« sei nun mit dem Hakenkreuz gleichzusetzen. Das entnehmen wir einem Schild auf einer »Anti-Kriegs-Demo« in Cottbus. Und auch die Zeitung Mittelhessen zitiert in einer Schlagzeile einen emsig Zs überklebenden Arzt, der diese Aussage tätigt.

Die Schweizer Versicherung »Zürich« sowie der Fachmarkt »Zgonc« ändern ihr Logo ab, als dass das am Anfang stehende »Z« nicht mehr so hervorstechend ist. Die Stadt Düsseldorf lässt keine Kennzeichen mit einem allein stehenden »Z« zu. Da der Buchstabe auf russischen Panzern zu sehen ist, mutierte binnen kürzester Zeit der letzte Buchstabe unseres Alphabets zum littera non grata. In etlichen Bundesländern stehen bereits hohe Strafen darauf, wenn man das »Z« in bestimmten Kontexten verwendet. Begründet wird dies mit §140 Strafgesetzbuch »Belohnung und Billigung von Straftaten«, worunter auch die Billigung des russischen Angriffskrieges fallen würde.

Dieser blinde Aktionismus hievt die Symbolpolitik – im wahrsten Sinne des Wortes – auf eine neue Stufe. Hier wird ein unschuldiger Buchstabe ohne Sinn und Verstand mit einer anstößigen Bedeutung aufgeladen. In der Semiologie unterteilt man (nicht-)sprachliche Zeichen in »Signifikant« (das Zeichen selbst), »Signifikat« (was wir mit dem Zeichen assoziieren) und »Repräsentant« (das tatsächliche Objekt des Zeichens). Beispielsweise stellt in der westlichen Kultur ein ausgestreckter Mittelfinger (Repräsentant) ein Zeichen (Signifikant) dar, welches wir kulturell bedingt mit einer Beleidigung (Signifikat) verbinden. Bei der damit verbundenen Kontiguität wird darüber hinaus zwischen »Index« und »Symbol« differenziert. Bei ersterem deutet das Zeichen unmittelbar auf etwas hin (beispielsweise die Wolken auf Regen), während beim »Symbol« die Konventionen der jeweiligen Kultur die Bedeutung des Zeichens konstituieren. So können die aus dem eben genannten Beispiel Wolken etwa mit einer »Strafe Gottes« assoziiert werden.

KEIN BUCHSTABE IST ILLEGAL

Sucht man einen Sinn hinter der Tabuisierung des »Zs«, darf man diesen nicht auf der unmittelbaren Ebene suchen. Nur weil wir im Westen aus einem »Zebra« ein »Ebra« machen, hält das russische Panzer ebenso wenig auf, wie das »Frieren für die Freiheit«. Darüber hinaus ist das »Z« im Alltag kein »Index« für einen russischen Panzer. Vielmehr muss die Ächtung eines Buchstabens als Blaupause verstanden werden, um jedwede weitere Symbole (Signifikante) mit einem völlig anderen, teils gegensätzlichen Bedeutungsgehalt (Signifikate) aufzuladen, um sie damit letztlich zu verbieten.

Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt, während die Grenzen zwischen Satire und Realität zunehmend verschwinden. Der sogenannte »Faktenchecker« Correctiv musste kürzlich beschwichtigen; Nein, die Russen hätten nicht das gesamte Alphabet auf ihre Panzer gepinselt, um jedwedes Schreiben im Westen zum Erliegen zu bringen. Es handle sich dabei nur um ein »Meme« (humoristischer Inhalt im Internet).

Was vor kurzem noch als Satire erkennbar gewesen war, bedarf nun offensichtlich einer Richtigstellung, um die (noch) aktuelle Grenzlinie sichtbar zu machen. Das führt uns allerdings zu einem interessanten Gedankenspiel: Wie sehr würde es das moralische Koordinatensystem der *woken* Weltverbesserer zerschießen, würde die russische Armee nun damit beginnen, ihre Panzer mit folgenden Symbolen zu bepinseln: Gendersterne und englische Personalpronomen?



Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München.



DIE LIEBE ZUR WAHRHEIT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Rainer Kraus

Absolut zentrale Begriffe menschlichen Zusammenlebens wie Wahrheit, Liebe oder Gerechtigkeit werden seit langem in bewussten Prozessen »entkernt«. Als sei dies wie bei einem Haus möglich: Die Fassade erhalten und dahinter ein neues Haus bauen!

Mit »Meine Wahrheit – Deine Wahrheit« begann es. Inzwischen läuft der Angriff auf »Deine Wahrheit«. Wir sehen diesen Kampf in atemberaubender Eskalation ablaufen unter okkupatorischer, korrupter Bündelung von Legislative, Exekutive und Judikative.

Christen warnen: Die Geschichte läuft auf exakt vorhergesagte Ereignisse zu – nicht von Gott, sondern von Menschen verursacht. Alle großen Medien unterstützen gerade den zweiten apokalyptischen Prozess, nach Covid-19 nun den Aufbau eines gigantischen, mindestens europäischen Krieges, der unendliches Leid bringen wird. Wieder bringt Gott es in Seinem Wort am radikalsten auf den Punkt: Die Menschen führen diese Katastrophen selbst herbei, weil sie die Liebe zur Wahrheit gegen das Wohlgefallen an der Ungerechtigkeit eingetauscht haben (2. Thessalonicher 2,3-12). Liebe (!) zur Wahrheit – sagt Gott! Liebe in der Bibel ist immer Tat. Größter Beweis ist der sich selbst völlig opfernde Messias am Kreuz.

Wir Christen sollten zuallererst aufwachen. Zentralste öffentliche und private Bereiche entziehen wir dieser Liebe und »glauben«, was uns ruhiger schlafen lässt. Aber Liebe zur Wahrheit sucht Wahrheit zuallererst kompromisslos – bis zum möglicherweise nötigen persönlichen Opfer (Zeit, Geld, Karriere, Reputation, Freiheit, das eigene Leben). Wer sich der Wahrheit irgendwann beugt (Faktenlage zu Covid-19) ist wenigstens ehrlich. Wer aber die Wahrheit liebte, war verrückt und ist es hoffentlich immer noch. Natürlich auf dem Boden fundierter Kommunikation. Und für die Christen: Bindung an die Führung durch ihren Herrn. Jesus sagt: »Ich bin die Wahrheit«. Sollten dann nicht Christen die »Verrücktesten« sein? Ihr Weggang (Entrückung) wird auch prophetisch dem Bösen erst den gesamten endzeitlichen Raum freigeben. Aber diese Zeit ist noch nicht!

Der Autor ist Zahnarzt und lebt in der Nähe von Hamburg. Kontakt: rain_serv@gmx.de.

POP POP

Von Nicolas Riedl

Nesalezhko ist der ukrainischen Verfolgung entkommen. Bild: Tarik Nesalezhko

UKRAINISCHER RAPPER NACH RUSSLAND GEFLOHEN

Wie viele andere oppositionelle Promis in der Ukraine, so verschwand auch der Journalist und Rapper Taras »Tarik« Nesalezhko. Im Gegensatz zu vielen anderen prorussischen oder Selenskyj-kritischen Künstlern und Publizisten wurde Nesalezhko nicht verschleppt, sondern konnte untertauchen und über einen beschwerlichen Weg nach Russland fliehen. Mitte April legte er in einem Interview dar, wie in der Ukraine oppositionelle Stimmen verfolgt und entführt werden. Es reiche schon aus – so der Regime-Kritiker – wenn man kein Anhänger Selenskyjs sei.



Rap über die Väter, die nie da waren. Foto: welTVision.

DER KOMPLEX SEIN VATER

Die Rapperin Abenaa und der Rapper Courtier behandeln in ihrem Song »Desaster« eine der entscheidendsten Wurzeln unseres gesamtgesellschaftlichen Übels – die nicht verarbeiteten Vater-Komplexe. Wie ganze Generationen am Rad drehen, wenn die männliche Vorbildfunktion in der Kindheit und in der Phase des Heranwachsens fehlt, rappen und visualisieren die beiden MCs in rund vier Minuten. Der Track glänzt durch melodischen Abwechslungsreichtum und das dazugehörige Musikvideo durch schrille und überspitze Bilder.

DW-BESTSELLERLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Reset oder Renaissance.

Schoepe Bernd, Mathias Bröckers, Ernst Wolff, Christoph Pfluger
Zeitpunkt Verlag
978-3-907263-09-9



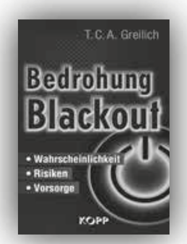
Die scheinheilige Supermacht. Warum wir aus dem Schatten der USA heraustreten müssen

Michael Lüders
Beck C.H.
978-3-406-76839-2



Der längste Krieg in Europa seit 1945. Augenzeugenberichte aus dem Donbass

Ulrich Heyden
tredition
978-3-347-59574-3



Bedrohung Blackout. Wahrscheinlichkeit – Risiken – Vorsorge
T.C.A. Greilich
Kopp Verlag
978-3-86445-597-1



Cancel Culture. Demokratie in Gefahr
Kolja Zydatiss

Solibro Verlag
978-3-96079-086-0



Die Wiedergutmacher. Das Nachkriegstrauma und die Flüchtlingsdebatte
Raymond Unger
Europa Verlag GmbH
978-3-95890-234-3



Wenn man weiß, wo der Verstand ist, hat der Tag Struktur. Anleitung zum Selberdenken in verrückten zeiten
Alexander Unzicker, Westend
978-3-86489-912-6



Die Naturgeschichte des Immunsystems.

Clemens G. Arvay
Quadriga
978-3-86995-119-5



Tödliche Medizin und organisierte Kriminalität. Wie die Pharma-industrie das Gesundheitswesen korrumpiert
Peter C. Gøtzsche, riva Verlag
978-3-7423-1161-0



Heilung Nebensache. Eine kritische Geschichte der europäischen Medizin von Hippokrates bis Corona
Gerd Reuther
riva Verlag
978-3-7423-1776-6

Tschüß, Nato!

Wie wird es sein, wenn wir uns verabschieden? | GUTE AUSSICHTEN von Anselm Lenz

Ich denke, Bremerhaven wäre ein guter Ort.

Die letzten angloamerikanischen Soldaten marschieren üben den Pier und salutieren. Es ist ein berührender Moment. Dankbarkeit und vor allem Erleichterung spielen jeweils eigene Rollen. Ehre, wem Ehre gebührt zur Verabschiedung.

Die Soldaten salutieren nun an Deck der Fregatte, die bald ablegen wird. Beethovens Neunte wird von den Berliner Philharmonikern gespielt, ein paar Fahnen wehen, ein paar Passanten winken. Und dann ist's auch mal gut.

Englische und US-amerikanische verlassen nach der Besatzungszeit von fast acht Jahrzehnten unser Land. Die US-Atomraketen aus Büchel kommen zurück nach Nevada oder Neumexiko, die Tommys zurück in die Pubs in Brawl oder Crapstone. Danke, Freunde, und alles Gute.

»Was ist der Sinn der Nato?« – Lord Hastings Lionel Ismay, erster Nato-Generalsekretär von 1952 bis 1957 antwortete: »Die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten halten!« Eine echte Zeitenwende also, wenn wir mit Franzosen, Polen, Schweden und Russen endlich in vernünftige Verhältnisse aufbrechen.

Europäischer Geist und Eigenständigkeit für alle. Kaum ein Land und seine



ARD-SZ-Propagandist Mascolo.
Foto: Kuhlmann/MSC

Militärorganisation hat soviele direkt und indirekt Getötete zu verantworten, wie der US-UK-Apparat Nato. Stattdessen endlich Frieden, halbierte Mieten, eine vernünftige Währung, Verfassungserneuerung und Arbeitszeitverkürzung. Das Ende der US-Besetzung hält für uns und die Welt nur Vorteile bereit und keinen einzigen Nachteil.

Bleibt nur die Frage: Was mit all den Nato- und US-Günstlingen in Medien und Politapparat anstellen? Die sind völlig verbraucht. – Wird nicht so schwierig, sie loszuwerden. Denn die haben sich unter Corona bereits derartig selbst besudelt, gelogen und Verbrechen angehäuft, dass sie ohnehin keine Zukunft haben. Außer vielleicht als Hilfskraft im Reisebüro. Das wäre eine Tätigkeit, die ich zum Beispiel Georg Mascolo noch zutrauen würde (wofür wir zunächst mal die Reisefreiheit wiederherstellen mussten). Und mit Trips nach Washington kennt er sich ja aus.



SPORT MIT BERTHOLD

TRAINING DES RÜCKGRATS

Der serbische Tennisstar Novak Djokovic hat sich wieder gemeldet und den Ausschluss russischer Tennisprofis vom Turnier in Wimbledon moniert.

Darunter sind bei den Herren Danil Medvedev, Nummer zwei der Weltrangliste, und Andrey Rublev, Platz acht. Beide kommen aus Russland. Bei den Damen Aryna Sabalenka, die Nummer vier aus Weißrussland. Athleten sind hier die Leidtragenden, denn die Politik spaltet die Sportwelt. Dabei kann man auch fragen: Was ist eigentlich mit China? Werden die für das Einsperren der Menschen in Shanghai auch sanktioniert? Von den Sportfunktionären hört man nichts. Diese sind nur Erfüllungsgehilfen. Gegen den geistigen Wahnsinn hilft es, körperlich zu bleiben. Deshalb werde ich diese Woche mein erstes Fitness-Video machen. Die Basis ist für alle Sportarten die regelmäßige Kräftigung der Rumpf- und Rückenmuskulatur. Dazu benötigt man kein Gerät, das Körpergewicht ist bestens geeignet. Die Übungen im Freien und bitte ohne Smartphone machen.Gute Gedanken dazu und zehn bis 15 Minuten dehnen und kalt duschen. Ein Hinweis noch: Es gibt eine 30-Tage-Challenge von Wim Hof.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

ES IST GEFÄHRLICH, RECHT ZU HABEN, WENN DIE REGIERUNG UNRECHT HAT.
VOLTAIRE

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 88. Ausgabe ab Samstag, 30. April 2022. | Redaktionsschluss war am 28. März 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Fotoressort:** Jill Sandjaja, Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. United Free Press, London.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 89 erscheint am 7. Mai 2022.